

Buchbesprechungen

Rasmussen, Thomas: Sektorale Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. (Heft 63 der wirtschaftspolitischen Studien aus den Instituten für Europäische Wirtschaftspolitik und für Industrie- und Gewerbepolitik der Universität Hamburg, hrsg. von H. Jürgensen / E. Kantzenbach.) Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983. 180 S. DM 56,—.

Angesichts der in bestimmten Sektoren besonders angespannten Wirtschaftslage, die eine teilweise erhebliche Zahl von Unternehmen und Arbeitsplätzen gefährdet, wird der Ruf nach sektorspezifischer Hilfe wie auch die Diskussion über solche staatlichen Aktivitäten immer lauter. In dieser Situation findet daher eine Studie Interesse und Aufmerksamkeit, die theoretische und praktische Aspekte dieser Problematik verbinden will und damit einen „Gesamtüberblick und eine Beurteilung von Grundlagen, Strategien und Limitierungen sektoraler Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ (S. V) zu geben versucht.

Den gedanklichen Ausgangspunkt in Rasmussens Arbeit bildet daher auch die Analyse der vorhandenen theoretischen Grundlagen einer rationalen Strukturpolitik. Dieses erste Kapitel zeigt sich besonders ergiebig, da Rasmussen sehr ausführlich auf die verschiedenen Konzeptionen zur Sektorabgrenzung und die daraus resultierenden Entwicklungshypothesen eingeht. Über die Grundsätze des Strukturwandels von Sombart, die Stufentheorien, hauptsächlich von Hoffmann und Rostow, gelangt er zur Drei-Sektoren-Hypothese als Strukturentwicklungstheorie i. e. S. Mit seiner Einteilung in produkt-, tätigkeits- und statistikorientierte Ansätze faßt er die Vielzahl der hauptsächlich von Clark, Fisher und Fourastié initiierten Konzeptionen überblickartig zusammen. Seine kritischen Anmerkungen in diesem Teil beziehen sich in der Hauptsache auf die beiden wesentlichen Schwachstellen aller Ansätze: auf die Problematik der Zuordnung zu den einzelnen Sektoren und auf die zu globale und damit für die praktische Politik unzureichende theoretische Begründung. Es verwundert so auch nicht, wenn Rasmussen zu dem abschließenden Ergebnis gelangt, daß alle Konzeptionen „ausnahmslos keine geeignete Basis für eine sektorale Strukturpolitik darstellen“ (S. 46). Auf der Grundlage der Strukturberichte überprüft Rasmussen diese Feststellung und kann sein Ergebnis durch den mangelnden empirischen Gehalt aller Ansätze bekräftigen. Diese Beweisführung ist mit Hilfe der Strukturbericht-erstattung 1983, die erst nach Erscheinen des Buches veröffentlicht wurde, jedoch nur z. T. neu zu belegen. Einige Resultate dieser Strukturanalysen zeigen, daß Schlußfolgerungen aus den verschiedenen Varianten der Drei-Sektoren-Hypothese durch die Realität bestätigt werden. Es bleibt aber dennoch festzustellen, daß die Theorie einer Strukturpolitik als wissenschaftliches Problem lange Zeit vernachlässigt wurde. Das Verdienst Rasmussens liegt daher in der Zusammenstellung und in der kritischen Analyse der bedeutendsten Ansätze zu einer Theorie der sektoralen Strukturpolitik, deren Unzulänglichkeit und Unbrauchbarkeit er nachweist.

Weniger ertragreich für den Leser gestaltet sich das zweite Kapitel. In mühevoller Kleinarbeit beschreibt und beurteilt Rasmussen hier Konzeptionen von staatlicher und wissenschaftlicher Seite (SVR) zur sektoralen Strukturpolitik. Die von ihm gewählte chronologische Analyse hat jedoch zur Folge, daß nicht nur die grundsätzlichen Positionen Gegenstand der Betrachtung sind, sondern tagespolitische Erfordernisse, Marginalien, Abänderungen oder Ergänzungen ebenso gleichrangig in die Darstellung mit aufgenommen werden. Die Untersuchung verliert damit ihr Ziel, einen Gesamtüberblick zu geben, aus den Augen, zumal diese sehr detaillierte Analyse keine weiteren und neueren Erkenntnisse hervorbringt. An dieser Stelle drängt sich dem an kritischen und kontroversen Standpunkten interessierten Leser die Frage auf, weshalb Rasmussen gerade die nur in Nuancen verschiedenen, sich in der Grundtendenz aber entsprechenden Standpunkte von Regierung und Sachverständigenrat gegenüberstellt. Ausgehend von den Grundsätzen sektoraler Strukturpolitik stellen die Politikvorschläge des Sachverständigenrates in ihren verschiedenen Ausprägungen doch eher Ergänzungen und Vertiefungen hierzu dar, die lediglich je nach ökonomischer Situation und Erfordernis mit der Veränderung ihrer Schwerpunkte reagieren und Lernprozesse manifestieren. Ein Vergleich dieser o. g. Vorstellungen mit Lösungskonzeptionen der Gewerkschaften, der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel oder der SPD wäre aufschlußreicher gewesen, da hier stark differierende Vorstellungen vor allem im Hinblick auf die Intensität staatlicher Einwirkungen hervorgetreten wären. Rasmussen kommt bei seinen Untersuchungen in diesem Teil des Buches wiederum zu negativen Ergebnissen: Die Konzepte des Sachverständigenrates, wie auch die schrittweisen Ergänzungen der Bundesregierungen zu den noch immer gültigen und am ehesten geeigneten Grundsätzen der Strukturpolitik zeigen nach Rasmussens Meinung Konzeptionslosigkeit und stellen inkonsequente Argumentations- und Legitimierungsversuche der präferierten Politik dar. Die von ihm in diesem Zusammenhang angeführte Kritik erscheint im Vergleich zu der vorangegangenen Analyse jedoch oberflächlich. Der vom Sachverständigenrat postulierte „Stau an Strukturwandel“ ließe sich zwar mit Hilfe eines Referenzsystems fundierter ableiten, doch kann bspw. der Vergleich des Investitionsvolumens ebenso als Basis für eine Analyse herangezogen werden und damit zumindest diskutierbare „second best“-Ergebnisse für die praktische Politik hervorbringen. Wichtiger erscheint vor dem Hintergrund der in sich durchaus konsistenten Erkenntnisse und Schlußfolgerungen des Sachverständigenrates auf der Basis des festgestellten Investitionsstaus die inhaltliche Diskussion und Beurteilung. Es stellt sich doch hier verstärkt und zwingend die Frage, welche Bedeutung den Rahmenbedingungen überhaupt zukommt und in welchem Maße innerhalb einer sozialen Marktwirtschaft dem Markt die Verantwortung für die Bewältigung des Strukturwandels überlassen werden kann und überlassen werden darf. Mag sich die von Rasmussen postulierte Konzeptionslosigkeit innerhalb der sektoralen Strukturpolitik in der Realität z. T. auch als wahr erweisen, so spricht er aber nicht die hierfür mitverantwortlichen Bedingungen an. Mit dem Instrumentarium der Neuen Politischen Ökonomie fiele es nicht schwer, strukturpolitisch verfehlt Konzeptionen und Politiken auf macht- und einflußbedingte Faktoren zurückzuführen. Letztendlich bildet diese politische und bürokratische Realität die Grundlage strukturpolitischer Weichenstellung und besitzt insbesondere mit den z. T. sehr bedeutenden Interessenvertretungen einzelner Gruppen ein nicht zu unterschätzendes Gewicht. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn sich strukturpolitische Konzeptionen nicht

nur auf rein ökonomische Gesichtspunkte zurückführen lassen. Eine Beurteilung, die diese Bedingungen außer acht läßt, kann daher nur zu einem unvollständigen und verzerrten Bild gelangen.

Vor dem Hintergrund dieser sehr kritischen Analyse strukturpolitischer Theorien und Konzeptionen bildet die Auseinandersetzung mit der praktizierten Wirtschaftspolitik im sektoralen Bereich einen weiteren Schwerpunkt in der Studie von Rasmussen. Angesichts einer solchen empirischen Untersuchung erscheint es ihm notwendig, ein eigenes Erfassungsschema zu entwickeln. Wendet man hier den gleichen strengen Maßstab an, den er selbst in den vorherigen Ausführungen zugrunde legte, dann lassen auch Rasmussens Vorschläge Widersprüche und Mängel erkennen. In einer ersten Grobgliederung differenziert er zwischen inter-, intra- und extrasektoraler Strukturpolitik. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Bereich der intersektoralen Strukturpolitik, die ihrerseits nochmals in modifizierende und konservierende Maßnahmen unterteilt wird. In Verbindung mit der von Rasmussen vorgestellten Definition von Strukturpolitik erscheint diese letzte Unterteilung jedoch widersprüchlich. Umfaßt sektorale Strukturpolitik all jene „Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, mittels Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, kurz Subventionen, in bestimmten Sektoren begrenzte Veränderungen zu initiieren“ (S. 89), bleibt zu überlegen, wie sich intersektoral wirkende, konservierende Maßnahmen hierzu verhalten. Nach o. g. Definition wären diese Aktivitäten nicht der sektoralen Strukturpolitik zuzuordnen, da unter konservierenden Interventionen alle Maßnahmen subsumiert werden, „die mit Zielsetzungen wie: Erhaltung der Wettbewerbsposition, Sicherung der Leistungsfähigkeit, Stützung eines bedrohten Bereiches“ (S. 103) usw. begründet werden. Auf diese Weise werden Veränderungen nicht initiiert, sondern eher verhindert bzw. gestoppt. Sollte Rasmussen hierbei jedoch von der Überlegung ausgegangen sein, daß Veränderungen insofern initiiert werden, als mit konservierend wirkender Strukturpolitik eine Veränderung in dem Verhältnis und der Bedeutung der einzelnen Sektoren zueinander zu verzeichnen ist, da sich auf einem interventionsfreien Markt andere Verhältnisse ergeben hätten, so führt auch diese Zuordnung nicht weiter. Es bleibt zu überlegen, welche Maßnahmen dann nur intrasektorale Wirkungen erzielen, denn alle Aktivitäten würden nach obiger Interpretation auch intersektorale Veränderungen bewirken und wären dieser Maßnahmengruppe zuzuordnen. Auch erscheint die Bedeutung, die Rasmussen der intersektoralen Strukturpolitik beimißt, zweifelhaft. Insbesondere die Bestrebungen auf dem Agrarsektor, wie bspw. die Einflußnahme auf die Betriebsgrößen, sind Beweis dafür, daß der Bereich intrasektoraler Strukturpolitik nicht als unbedeutend zu vernachlässigen ist. Die Notwendigkeit, eine solche Systematik überhaupt entwickeln zu müssen, begründet Rasmussen, wenn auch etwas zu pauschal, indem er „in Ermangelung eindeutiger und überzeugender Kriterien das Raster von Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen“ (S. 103) als unbrauchbar ablehnt. Letztendlich werden aber auch in seinem eigenen Ordnungsgefüge solche Abgrenzungsprobleme evident. Schwierigkeiten bei der Zuordnung von Innovationsförderung sowie der Beeinflussung von Betriebs- und Unternehmensgrößen innerhalb der Teilbereiche intra- bzw. extrasektoraler Strukturpolitik können diese Bedenken zusätzlich verdeutlichen. Eindeutige Kriterien fehlen auch, wie schon gezeigt werden konnte, für die Differenzierung zwischen modifizierenden und konservierenden Maßnahmen. Strukturpolitische Interventionen mit konservierendem Charakter stellen zumeist auf ein bestimmtes Niveau ab, das erst

mit Hilfe modifizierender Aktivitäten erreicht werden soll, bevor allein die Bedeutungserhaltung zum Ziel wird. Hier eine Trennung der tatsächlichen Maßnahmen herauszuarbeiten, dürfte schwerfallen, zumal der Prozeß bis zur Erlangung des gewünschten Sektorvolumens sich i. d. R. über einen langen Zeitraum erstreckt, da auslaufende Förderungen meist durch neue Anpassungshilfen kompensiert werden.

Es bestehen vor diesem Hintergrund begründete Zweifel, ob es Rasmussen mit seiner Systematisierung gelingt, die praktizierte Strukturpolitik eindeutig zu erfassen und zu analysieren. Er selbst erklärt hierzu: „Selbst wenn jedoch die eine oder andere Maßnahme nicht exakt zugeordnet werden konnte, ändert dies wenig am nachfolgend skizzierten Bild der Politik“ (S. 103). Gerade die nachfolgende empirische Untersuchung bleibt jedoch nicht frei von Widersprüchen, die nicht zuletzt auf das Ordnungsschema Rasmussens zurückzuführen sind. Sowohl die Analyse der Finanzhilfen als auch die Analyse der Steuervergünstigungen bestätigen Rasmussen in seiner Vermutung, daß sektorale Strukturpolitik in der Bundesrepublik hauptsächlich durch konservierende Maßnahmen geprägt ist. An anderer Stelle nimmt er dieses Ergebnis jedoch wieder zurück, da „der häufig gegen die sektorale Strukturpolitik erhobene Vorwurf, sie sei dominierend struktur-erhaltend orientiert, zumindest seit einigen Jahren mit den Fakten der praktizierten Maßnahmen keinesfalls in dieser pauschalen Form zu belegen ist“ (S. 106).

Die sich hieran anschließende Branchenanalyse als Erfolgskontrolle sektoraler Strukturpolitik enttäuscht ebenfalls. Rasmussen begnügt sich damit, auf vorhandene Arbeiten wie bspw. von Berg, Hammen und Ockel zurückzugreifen, um nochmals in kapper Form die in den einzelnen Sektoren herausragenden Projekte, stellvertretend für strukturpolitische Zielsetzungen, zu kommentieren. Neue Erkenntnisse und Resultate konnte Rasmussen dadurch nicht herausarbeiten. Eher vernachlässigt er dadurch zu sehr die weiteren Anstrengungen sektoraler Strukturpolitik, um zu einem fundierten und aufschlußreichen Ergebnis gelangen zu können. Rasmussen kann mit Hilfe seines entwickelten Rasters und den damit bei seinen empirischen Untersuchungen gewonnenen Ergebnissen nur in geringem Maße den Anforderungen und Erwartungen an seine Analyse gerecht werden, die er aufgrund des strengen und kritischen Maßstabes in den ersten Abschnitten seiner Arbeit selbst initiiert hat. Rasmussens Gliederungsschema birgt ebenso wie die herkömmlichen Raster Abgrenzungsprobleme in sich und kann nur in begrenztem Umfang zur Analyse herangezogen werden. Dies spiegelt auch das von Rasmussen skizzierte Bild vorangegangener und derzeitiger Strukturpolitik wider.

Am Ende seiner Untersuchung stellt Rasmussen dem Leser seinen eigenen strukturpolitischen Konzeptionsversuch vor. Den Ausgangspunkt bildet dabei eine Branchenanalyse nach dem aus der Wettbewerbstheorie schon bekannten Muster: Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis. Im Falle eines unbefriedigenden Marktresultates ergeben sich damit für die Strukturpolitik die beiden Eingriffsebenen durch Varianten der Grundvoraussetzungen bzw. Veränderung der Strukturmerkmale. Strukturpolitik kann auf diese Weise als „Bestandteil und Ergänzung der Wettbewerbspolitik“ (S. 136) laut Rasmussen „markt- und wettbewerbsresistente Strukturen“ (S. 139) mit überzeugenden Marktergebnissen schaffen. Vor dem Hintergrund dieser verkürzten Charakterisierung bleiben die Politikvorstellungen Rasmussens zum

Großteil unklar und wenig konkret. Lassen sich die Ausführungen dahingehend interpretieren, daß Rasmussen eine möglichst optimale Wettbewerbssituation erreichen möchte, sind damit aber nicht alle strukturpolitischen Schwierigkeiten ausgeräumt. Er selbst stellt fest, daß Ursachen strukturpolitischer Interventionen z. T. „weniger aus dem Versagen als vielmehr aus dem zu guten Funktionieren des Marktes“ (S. 139) resultieren. Andererseits könnte Rasmussen auch auf die Einschränkung der Wettbewerbsintensität abzielen. Eine solche Strategie wurde jedoch schon in den Grundsätzen sektoraler Strukturpolitik mit angesprochen und in den Bereichen Kohle und Stahl angewandt. Insofern würde dieser Vorschlag kein strukturpolitisches Novum darstellen und, wie bisherige Erfahrungen zeigen, zu keinen befriedigenden Ergebnissen führen. Sollte Rasmussen so zu verstehen sein, daß er mit seinem marktorientierten Ansatz lediglich auf verbesserte Rahmenbedingungen hinarbeitet, wäre dies vergleichbar mit den von ihm kritisierten Ansätzen des Sachverständigenrates. Diese Politik kann zwar dazu beitragen, strukturelle Schwierigkeiten präventiv zu vermeiden, gibt dem Politiker aber keine Hilfestellung zur Bewältigung schon vorhandener struktureller Probleme in bestimmten Sektoren. Mit dieser Situation sieht sich aber die derzeitige Wirtschaftspolitik gerade konfrontiert. Die Frage, wie Rasmussen marktorientierte Strukturpolitik letztendlich ausgestaltet sehen will, bleibt vor dem Hintergrund dieser Überlegungen unbeantwortet.

Rasmussens Arbeit läßt sich insgesamt durch ihre sehr kritische Analyse strukturpolitischer Konzepte und der praktizierten Politik kennzeichnen. Inwieweit dabei seine Kritik nicht immer überzeugen konnte und wesentliche Aspekte nicht in die Betrachtung aufgenommen wurden, zeigten die vorangegangenen Anmerkungen. Daß Kritik leichter fällt als innovative Weiterführung, belegen Rasmussens eigene, vage formulierten Vorstellungen und Vorschläge. Die Feststellung dürfte allerdings in gleichem Maße auf die hier geübte kritische Buchbesprechung zutreffen. Bei der Beurteilung des vorliegenden Buches wurde jedoch lediglich versucht, den gleichen strengen Maßstab an die Untersuchungsergebnisse und Vorschläge von Rasmussen anzulegen, mit dem dieser selbst vorhandene strukturpolitische Überlegungen analysiert und dadurch zu einer kritischen Überprüfung seiner eigenen Ausführungen herausfordert. Mag auch aufgrund der oben aufgezeigten Schwächen ein anderer Eindruck entstanden sein, so handelt es sich bei Rasmussens Studie dennoch um eine empfehlenswerte Arbeit. Trotz der festgestellten Mängel und Widersprüche bleibt die Lektüre für den bereits vorgebildeten Leser lohnend. Rasmussen gelingt es zum Teil, insbesondere im Zusammenhang mit den Ansätzen der Drei-Sektoren-Hypothese, einen Gesamtüberblick zu geben. Seine kritische Vorgehensweise trägt andererseits dazu bei, daß der Leser sich mit mancher These und mit einigen Ergebnissen nochmals auseinandersetzen wird. Auf diese Weise vermag Rasmussen mit seiner Arbeit die weitere und intensivere Beschäftigung mit strukturpolitischen Fragen zu forcieren und auf diesem Wege die wissenschaftliche Diskussion zu bereichern und anzuregen.

A. Beyer, Mainz

Seifert, Ekkehard: Privilegierung und Regulierung im Bankwesen. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984. 332 S. DM 85,—.

Selbst unzweifelhaft marktwirtschaftlich orientierte Bankbetriebswirte räumen meist erst auf Nachfrage ein, daß das geltende und eben erst novellierte Kreditwesengesetz ein „marktwirtschaftlicher Sündenfall“ sei. Das

bankpolitische Denken ist nach einem halben Jahrhundert Dirigismus so zementiert, daß man sich einen im ernstesten Sinne „liberalen“ Regulierungsansatz in der Wissenschaft nur selten und in der Branche selbst überhaupt nicht vorstellen kann, von der Verwaltung ganz zu schweigen. Schon deshalb ist die Veröffentlichung der von *Hans Besters* und *Joachim Süchting* begutachteten Dissertation außerordentlich verdienstvoll. Sie stellt die Bankpolitik, wie sie nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern traditionell betrieben wird, von ihren Grundlagen her in Frage, und dies mit guten Argumenten.

Ekkehard Seifert beginnt mit einer leicht verständlichen Darstellung und Erläuterung der modernen Wettbewerbstheorie; auf diese Darlegungen (63 Seiten) soll hier freilich nicht eingegangen werden. Es schließt sich eine kurze Übersicht über die institutionellen Grundlagen der deutschen Bankpolitik an: Bundesbankgesetz (BBankG), Kreditwesengesetz (KWG) und Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Nach der zutreffenden Feststellung, daß die Märkte für Bankleistungen zu den am meisten reglementierten gehören (man könnte getrost sagen, daß die Branche total überreguliert ist), formuliert Seifert die entscheidenden Fragen:

- Welche Begründungen werden für die wettbewerbliche Sonderstellung der Banken angeführt?
- Wie ist es um die Plausibilität dieser Begründungen bestellt?
- Stellen die bestehenden Privilegierungen und Regulierungen eine adäquate Politik dar?

Damit ist der weitere Gang der Überlegungen in den folgenden Kapiteln abgesteckt.

Philosophie und Praxis der herkömmlichen Bankpolitik ranken sich um die Vorstellung, daß mittels eines umfangreichen Systems von Normen „die Funktionsfähigkeit des Bankwesens durch *Sicherung der Existenz der Kreditinstitute*“ gewährleistet werden solle¹. Dieses System umfaßt hunderte von speziellen und in kleinste Einzelheiten gehende Regulierungen durch Gesetze, Verordnungen, Anweisungen, Bekanntmachungen, Bescheide, Richtlinien, Erlasse und dergleichen. Die Tendenz ist zunehmend; denn sobald sich die Geschäftstätigkeit der Banken erweitert oder verändert, sobald neue Techniken und Usancen auftauchen, müssen zusätzliche Regulierungen her, die ein Fallissement nach Möglichkeit verhindern sollen. Dies alles wirkt in Wirklichkeit kontraproduktiv. Wie immer in solchen Fällen, werden außerdem Fehlleistungen der Regulatoren in eine Rechtfertigung für immer neue Regulierungsmaßnahmen umgedeutet. Die Begründungen für diese mit Marktwirtschaft unvereinbare Vorstellung von „Banksicherheit“ werden von Seifert einzeln und mit Akribie durchleuchtet. Zwei Gruppen von Argumenten werden unterschieden:

- Die Behauptung, Banken hätten übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen dienstbar zu sein, und
- die Unterstellung, der Bankenwettbewerb führe zu Funktionsstörungen.

In der ersten Gruppe spielt, zumindest historisch gesehen, das Geldschöpfungsargument (S. 102 ff.) eine besondere Rolle. In dem Anfang der dreißiger Jahre, in die die Konstruktion des heute noch benutzten Gebäudes

¹ *Mülhaupt*, Ludwig (1982): Von der Bankenkrise 1931 zur Bankenaufsicht 1981, *Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 441.

der Bankpolitik fällt, wurde auch die liberale Theorie der Geldpolitik entwickelt. *Friedrich A. Lutzens* Broschüre „Das Grundproblem der Geldverfassung“ erschien 1936, das erste KWG stammt von Ende 1934. Das *Lutzsche* „Grundproblem“ war der Ausschluß des Wettbewerbs bei der Geldschöpfung. Der Vorwurf, *Lutz* hätte dabei übersehen, daß es sich bei den Geschäftsbanken um sekundäre, von der originären Geldproduktion der Zentralbank abhängige Geldschöpfung handelt, und er sei deshalb für mannigfache Wettbewerbsprivilegien der Banken verantwortlich, geht — wie *Seifert* betont (S. 104 f.) — sicher zu weit. Aber *Lutz* und andere Neoliberale (z. B. *Röpke*, 1937) haben sich in diesem Punkte doch ziemlich mißverständlich ausgedrückt. Jedenfalls bezogen Bankgewerbe und Verwaltung den Ausschluß des Wettbewerbs bei der Geldschöpfung sowohl auf die Zentralbank als auch auf die Geschäftsbanken. Eine solche Interpretation kam zugegebenermaßen sowohl den Marktinteressen der Banken als auch dem Denken der Verwaltung entgegen; den einen, weil sie sich auf diese Weise „mittelbare Hoheitsaufgaben“ zulegen konnten, der anderen, weil der Wettbewerbsausschluß eine geeignete Plattform für die Ausweitung administrativer Kompetenzen abgibt. In Wirklichkeit geht es aber beim Bankenwettbewerb, wie *Seifert* sich ausdrückt, nicht um Geldwertstabilität sondern um Allokation.

Von dem Geldschöpfungs-Irrtum ausgehend wurde dann die Notwendigkeit einer währungspolitisch motivierten Zusammenarbeit zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken konstruiert (S. 104 ff.), eine Auffassung, die bekanntlich auch heute noch gelegentlich vertreten wird. So wurde beispielsweise mit dem „Kooperationsargument“ die Ermächtigung der Verwaltung zur Zinsreglementierung (alt § 23 Abs. 1 KWG) begründet. Mit der KWG-Novelle von 1984 ist diese Ermächtigung nun vernünftigerweise beseitigt worden. Im übrigen wird die Geldpolitik der Zentralbank mit zunehmendem Wettbewerb der Banken untereinander nicht schwächer, sondern wirksamer (S. 109). In die gleiche Argumentengruppe gehört die Forderung nach Wettbewerbsbeschränkung als Ausgleich für Rentabilitätseinbußen der Banken infolge geldpolitischer Interventionen. *Seifert* weist auf zumindest temporäre Rentabilitätswüchse hin, die aus den gleichen Gründen entstehen (S. 110), und auf Abwälzungsmöglichkeiten, bei denen die Frage der Inzidenz allerdings ungeklärt bleibt. Man möchte hinzufügen, daß das „Ausgleichsargument“ ohnehin so lange undiskutabel ist, wie man nicht von Staats wegen zum Bankierberuf eingezogen wird. Auf der gleichen Linie liegt eine Argumentation, die anführt, daß die einzelnen Bankinstitute und Bankengruppen je nach ihrer Bilanzstruktur von geldpolitischen Interventionen der Zentralbank unterschiedlich getroffen werden; auch hierfür soll durch Wettbewerbsbeschränkungen ein Ausgleich geschaffen werden (S. 111 ff.). Die Behauptung trifft zwar zu. Es wird aber damit Wettbewerbsneutralität im Sinne von Ergebnisneutralität bei Interventionen gefordert. Dies hätte Willkürgefahr, Intransparenz, Unkalkulierbarkeit und Unkontrollierbarkeit zur Folge. Das Neutralitätspostulat kann daher nur als Forderung nach Bedingungsneutralität aufgefaßt werden, wie dies etwa bei den Bestimmungen über Mindestreserven (§ 16 BBankG) der Fall ist. *Seifert* kommt schließlich zu dem Schluß, daß zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Zieles der Geldwertstabilität Beschränkungen des Bankenwettbewerbs weder erwünscht noch gar notwendig sind: „Sämtliche währungspolitisch motivierten Wettbewerbsbeschränkungen im Kreditgewerbe sind folglich obsolet“ (S. 119).

Die zweite Argumentengruppe begründet Konkurrenzbeschränkungen für die Banken mit Wettbewerbsversagen. So wird geltend gemacht, daß das marktwirtschaftliche Ausleseprinzip im Bankgewerbe nicht oder nur begrenzt möglich sei, weil es die Gefahr von allgemeinen „Runs“, also von gesamtwirtschaftlich relevanten Funktionsstörungen impliziere („Sicherheitsargument“ S. 120 ff.). Seifert räumt zwar ein, daß Vertrauensverluste bei Banken kritischer sein könnten als bei anderen Unternehmen. Aber damit ist noch nicht die Plausibilität der Behauptung begründet, es seien Kettenreaktionen zu befürchten. Die Nachkriegserfahrungen sprechen gegen eine solche Gefahr. Die Homogenisierung der Erwartungen des Publikums kann nach Seifert zwei einleuchtende Ursachen haben: Versagen der Wirtschaftspolitik oder Fehlleistungen des Managements einer oder mehrerer Banken. Eine dritte denkbare Ursache wäre wohl noch Defraudation im großen Stil. Den ersten Ursachenkomplex kann man bei bankpolitischen Überlegungen außer Betracht lassen; gegen eine wahnwitzige Wirtschaftspolitik helfen keine Wettbewerbsbeschränkungen und auch sonst nichts. Ähnliches gilt für den Defraudationsfall. Gegen kriminelle Energie hilft kein Aufsichtsamt, wie sich erst jüngst wieder gezeigt hat. Aus gutem Grund aber behandelt Seifert den Sicherungskomplex im Falle von Managementfehlern sehr gründlich; denn soweit er im Hinblick auf das Bankgewerbe überhaupt wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf zu sehen vermag, bleibt nur das Run-Argument, wengleich es auf sehr schwachen Füßen steht. Vertrauensanfälligkeit der Bank sieht er (wie *W. Stützel*) vor allem wegen der besonders geringen Nettohaftungsreserve (Überschuß des gesamten haftenden Vermögens über die Schulden). Aber auch in diesem Falle nutzen Wettbewerbsbeschränkungen nichts, zumal sich ja andernfalls die Haftungslage in den letzten 20 bis 30 Jahren signifikant verbessert haben müßte. Die Beschränkungen hatten nur distributive Effekte.²

Was bleibt also im Punkte Bankensicherheit zu veranlassen? Wenn ein eventueller wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf lediglich für den Run-Fall gesehen wird, und wenn andererseits hierbei der kritische Punkt in der besonders geringen Nettohaftungsreserve zu suchen ist, dann hätte es nahegelegen, Wege zur Vergrößerung der Haftungsmasse vorzuschlagen, also zur Erhöhung der Eigenkapitalquoten und anderer unspezifischer und unkonditionierter Haftungsmittel. Diesen Weg geht Seifert indessen nicht. Er stellt sich vielmehr unter Ablehnung von Solidareinrichtungen des Kreditgewerbes und der *Stützelschen* „Einlegerschutzbilanz“ (besser: Gläubigerschutzbilanz) in erster Linie ein System privater Depositenversicherungen mit einer öffentlichen Rückversicherung und der Bundesbank als *lender of last resort* vor. Zugegebenermaßen hat eine obligatorische Versicherung den großen Vorteil, Sicherheit auf marktwirtschaftlichem Weg und zu marktwirtschaftlichen Preisen bereitzustellen.

Dieses Abweichen des Verfassers auf ein bankpolitisches Nebengleis ist trotzdem schade. Dabei liegt die Hauptsache so dicht vor ihm, wenn er auf S. 307 schreibt: „In seiner Haftungsfunktion kann Eigenkapital also durch Versicherungsschutz substituiert werden.“ Das *bankpolitische* „Grundproblem“, mit dessen Lösung die Run-Hypothese auch theoretisch stirbt, ist in der Tat die Notwendigkeit einer wie immer zusammengesetzten Haftungsmasse, die für die Verpflichtungen der Bank unter allen Umständen einsteht und für die Gläubiger kalkulierbar ist. Dazu gehören

² Eine Reihe anderer Fälle von Wettbewerbsversagen, die Seifert diskutiert, sind von untergeordneter Bedeutung.

- ein ausgewiesenes „angemessenes“ Eigenkapital,
- eine „angemessene“ Gläubigerschutzversicherung,
- *horribile dictu*: „Angemessene“ Haftungszusagen Dritter,

und vielleicht noch andere Erfindungen, darunter auch Solidar-Haftungseinrichtungen, Gläubigerschutz-Bewertungen und anderes. Es wäre realitätsfern, sich auf ein einziges Patent-Haftungsmittel zu kaprizieren. Unter dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes kommt es ausschließlich darauf an, daß eine leistungsfähige Vermögensmasse für die Haftung tatsächlich und gewissermaßen sichtbar zur Verfügung steht, was immer das sein mag.

Die Konzentration des bankpolitischen Interesses auf das Haftungsproblem als solches würde nicht nur das Run-Trauma lösen, sondern auch noch andere Ärgernisse elegant beseitigen. Zum Beispiel würde es das Bewertungsprivileg des § 26 a KWG nicht nur überflüssig machen, sondern die Banken nachgerade veranlassen, „stille“ Reserven offen auszuweisen. Es würde auch die vermeintlichen oder tatsächlichen Wettbewerbsvorteile, die öffentliche Banken aufgrund von Gewährträgerhaftung und/oder Anstaltslast genießen, elegant ausräumbar machen. Seifert dagegen beschäftigt sich ausführlich mit „Entstaatlichung“ (S. 308 ff.) wegen intrasektoraler Wettbewerbsverzerrung, was ihm schon den Vorwurf eingetragen hat, er wolle nicht nur einen anderen Ordnungsrahmen für die Kreditwirtschaft, sondern auch ein anderes Bankensystem.³ Den Schluß des Buches bildet ein etwas mager geratener Annex zum Stichwort „Bankenmacht“. Dieses Thema ist gewiß noch nicht vom Tisch.

Seiferts Arbeit enthält brillante Analysen, aber auch gewisse (wohl umständebedingte) Längen. Sie hat im ganzen einen sehr anregenden Denkansatz für eine „neue Bankpolitik“ geliefert, die in ferner Zukunft vielleicht einmal Wirklichkeit werden kann, wenn sich noch mehr Geister in Bewegung setzen.

W. D. Becker, Aachen

Buhr, Walter und Reinhard Pauck: Stadtentwicklungsmodelle. Analytische Instrumente empirisch orientierter Simulationsansätze zur Lösung von Projektions- und Planungsproblemen der Städte. (Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, hrsg. von P. Eichhorn und P. Friedrich, Bd. 39.) Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981. 475 S. Geb. DM 120,—.

Die vorliegende Studie präsentiert im Rahmen eines kritischen Überblicks Stadtentwicklungsmodelle, die auf der Grundlage computergesteuerter Simulationsmethoden die Stadtentwicklung erklären und prognostizieren sowie die Konsequenzen von Planungsmaßnahmen aufzeigen sollen. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen hierbei vor allem die Probleme der Faktorenallokation (Arbeit, S. 62 ff. und Boden, S. 93 ff.) und der Verkehrsentwicklung (S. 254 ff.). Sie stellen Submodelle des Systems „Stadt“ dar, die mit Hilfe von Definitions-, Verhaltensgleichungen und Parametern charakterisiert werden.

Die Verfasser analysieren dabei jeweils die Angebots- und Nachfrage-seiten und erörtern im Anschluß daran städtische Arbeits- (S. 88 ff.), Boden-

³ *Degenhorst, Heinrich* (1984): *Kredit und Kapital*, 17. Jg., 596.

(S. 205 ff.) und Verkehrsmärkte (S. 326 ff.). Ihre Darstellung orientiert sich hierbei an der allgemeinen Bestandsgleichung:

$$\text{Endbestand} = \text{Anfangsbestand} + \text{Zugang} - \text{Abgang}.$$

Dieser Gleichung folgend (S. 39 f.) werden für die Angebots- bzw. Nachfrageseite Zugangs-, Abgangs- und Endbestandssimulationsmodelle unterschieden.

Der Erörterung dieser Stadtentwicklungssubmodelle schließt sich die Diskussion der Frage an, inwieweit integrierte Gesamtmodelle konstruiert werden können (S. 341 ff.). Abschließend werden Verwendungsmöglichkeiten für Simulationsansätze diskutiert (S. 377 ff.).

Obwohl die Verfasser die Submodellbeschreibungen immer wieder um eine kritische Würdigung ergänzen, wird leider über die grundsätzliche Leistungsfähigkeit der Simulationstechnik nichts gesagt. Dies wäre jedoch für einen Leser, der ihr gegenüber kritisch eingestellt ist, von großem Interesse gewesen, da das Studium verschiedener Ableger dieser Methode doch Fragezeichen hinterläßt.

So sind die mechanistisch bzw. ingenieurwissenschaftlich strukturierten Modelle selten mit einem ökonomisch tragfähigen Kern ausgestattet. Lediglich für die Bodenallokation und die Verkehrssysteme existieren Ansätze einer preis- und produktionstheoretischen Modellfundierung. In der Mehrzahl der Fälle bleibt die ökonomische Basis jedoch schmal. Es herrschen Regelkreismodelle vom Forrester-Typ vor, die, wenn überhaupt, relativ beliebig einige ökonomische Angebots- oder Nachfragedeterminanten herausgreifen und im Rahmen der Verhaltensgleichungen berücksichtigen. Die Modellergebnisse werden hierbei entscheidend von Eingriffen der sogenannten „Handsteuerung“ und mehr oder weniger willkürlichen Multiplikator- und Parameterfestlegungen bestimmt. Beachtet man außerdem die zum Teil kaum mehr zu durchschauenden Regelkreise und Verkettungen, sind Simulationsergebnisse dieser Art zumeist sehr vorsichtig zu interpretieren.

Gerade auf dem Hintergrund eines sehr ausführlichen Studiums der verschiedenen Simulationsmodelle wäre daher die Aufnahme einer derartigen Grundsatzdiskussion sehr hilf- und aufschlußreich gewesen. Insbesondere hätte man auf diese Weise zeigen können, daß in Zukunft gerade ökonomisch fundierte Ansätze vorangetrieben werden müssen. Dies wäre sicherlich wichtiger gewesen als die Verfolgung der Idee, verschiedene Submodelle miteinander zu kombinieren, um zu einem Totalmodell der Stadtentwicklung zu gelangen. Wird hier doch der dritte Schritt vor dem zweiten unternommen. Es erscheint nützlicher, die Modellstrukturen zu verbessern, bevor man die Integration unterschiedlicher Ansätze in Angriff nimmt.

Bei der Ausbreitung und Darstellung der Modelle ist es für den Leser vielfach irritierend, daß zwar die kritische Würdigung den Kriterien Erklärungswert und Operationalität (S. 40 f.) folgt, die Aufbereitung der Simulationsmodelle jedoch nicht ausreichend auf einen Vergleich hin konzipiert ist, obwohl bei der Fülle modellindividueller Informationen der Leser sich für konzeptionelle Vergleiche interessiert. Dies ist umso bedauerlicher, weil die Autoren es sich zum Ziel gesetzt haben, „mittels Vergleich und kritischer Würdigung die Integration der unterschiedlichen analytischen Instrumente der empirisch orientierten und praktisch angewandten Stadtentwicklungsmodelle zu einem umfassenden System vorzubereiten . . .“ (S. 405).

Geht man auf die Submodelle ein, so ist die Präsentation der Beschäftigungsmodelle sehr informativ. Aufschlußreich ist vor allem auch eine von den Autoren präsentierte Übersicht zu den arbeitsmarktrelevanten Strom- und Bestandsgrößen (S. 89). Leider werden im Text jedoch einige konjunktur- und strukturpolitische Größen der Übersicht, wie etwa friktionelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit, nicht mehr aufgegriffen und besprochen.

Die Darstellung zeigt, daß die Entwicklung von integrierten Arbeitsmarktmodellen noch in den Kinderschuhen steckt. Wird doch bei den von Buhr und Pauck präsentierten „Marktsimulationen“ größtenteils angenommen, daß sich Arbeitsplatzangebote oder -nachfrage wechselseitig voll anpassen. Die von den Autoren geübte Kritik (S. 91, 93) ist angesichts fehlender ökonomischer Fundierung aller Modelle sehr wohlwollend. Im Grunde beruhen nämlich alle Ansätze auf einer reinen „Mengenökonomie“, d. h. Löhne und Preise (oder Rentabilitäten) spielen bei der Bestimmung von Angebot und Nachfrage keine Rolle. Außerdem werden weder das Arbeitsangebot, noch die Arbeitsnachfrage nutzen- bzw. produktionstheoretisch abgeleitet.

Auch bei den Angebotsmodellen des Bodenmarktes (S. 97 ff.) stehen Ansätze im Vordergrund, die das Angebotsverhalten am städtischen Grundstücksmarkt preisunabhängig zu erklären versuchen und sich im Rahmen der Bestandsgleichungen auf die Bestimmung des Angebotszugangs konzentrieren.

Ausführlich werden Modelle für Wohnraumflächen besprochen (S. 102 ff.). Ökonomisch beachtenswert ist hierbei das „Housing-Services“-Modell des Urban Institute (S. 105 ff.), weil es das Wohnraummodell investitionstheoretisch ableitet. Auch das NBER-Modell zur Bestimmung des Neubauangebots hebt sich unter ökonomischen Gesichtspunkten von der Masse übriger Modelle positiv ab, weil es mit Hilfe einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion die Angebotsstruktur bestimmt und für gewinnmaximierendes Verhalten eine entsprechende Angebotsfunktion erstellt.

Die Modelle der Bodennachfrage konzentrieren sich auf verschiedene Nachfragesegmente: Nachfrage der Basisbeschäftigung, der Wohnbevölkerung und der Bedarf von Nichtbaisisektoren. Insgesamt zeichnet sich die Erklärung des Endbestands der Basisnachfrage durch eine kaum geleistete ökonomische Grundlegung aus (S. 128). Standortfaktoren und einbezogene Erklärungsgrößen nehmen zwar indirekt ökonomische Zusammenhänge auf, die Auswahl ist jedoch relativ willkürlich. Sektoral divergierende Nachfragebedürfnisse der Basisunternehmen werden nicht berücksichtigt. Unter den Zugangserklärungsansätzen ist allein das INTRA II-Modell beachtenswert, weil es vom Bemühen getragen ist, zumindest erklärungsrelevante ökonomische Determinanten für das Ansiedlungsverhalten (Marktpotential, Transportkosten, Bodenpreise, Lohnsätze und Marktentwicklung) zu berücksichtigen. Leider beschränkt sich hier die Darstellung der Autoren auf ein Minimum, so daß der Leser gerade die Grundstruktur erkennt, jedoch keine tiefere Vertrautheit mit dem Submodell gewinnen kann.

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Verfasser den sogenannten diskreten Zugangsmodellen. Hier ist die Übersicht recht instruktiv. Unklar bleibt bei diesen Verfahren jedoch, wie die Attraktivität von Standorten

sektorspezifisch gemessen wird, welche Größen überhaupt berücksichtigt werden und welche Zielfunktionen der bestmöglichen Zuordnung von Standort und Betriebseinheit zugrundegelegt werden.

Gravitationsmodelle dominieren die Simulation des Endbestands der Bodennachfrage für Wohnraumzwecke. Insgesamt kommen die Autoren jedoch zum Ergebnis, daß weder Gravitationsmodelle noch Regressionsansätze „den ökonomischen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte bezüglich des Standorts . . . Rechnung tragen“ (S. 181).

Bei der Grundstücksnachfrage der Dienstleistungsunternehmen (Nichtbasisbeschäftigung) herrschen ebenfalls gravitationstheoretische Modelle vor.

Die Simulation von Bodenmarktallokationsergebnissen ist nennenswert wohl nur für den Wohnraummarkt entwickelt (S. 216 f.). Von Interesse ist hier vor allem der Lösungsalgorithmus für den Abbau von Angebots- bzw. Nachfrageüberschüssen, wobei letztere ausschließlich behandelt werden. Vorgestellt werden rein mechanische Reallokationsverfahren, bei denen Nachfrageüberschüsse so lange auf verschiedene Stadtzonen verteilt werden, bis der Marktausgleich erreicht ist. Daneben werden auch differenziertere Ansätze, beispielsweise das LUAM-Modell erörtert, dessen Vorteil in der Erfassung der Nachfragekonkurrenz besteht. Fraglich ist jedoch, ob der Rangfolgealgorithmus den Konkurrenzprozeß zutreffend abbildet.

Insgesamt zeichnen sich die Simulationen zur Bodenmarktallokation gegenüber den Beschäftigungssubmodellen dadurch aus, daß sie sich zumindest teilweise bemühen, relative Preise, Produktionsfunktionen und Nachfragerpräferenzen in die Modelle zu integrieren. Diesem Bemühen steht gegenüber, daß die herausgegriffenen Größen zur Erklärung von Angebot, Nachfrage und Marktentwicklung durchaus in Frage gestellt werden können. So weisen die Autoren darauf hin, daß sowohl Modelle zur interregionalen Wanderung dringend der Weiterentwicklung bedürfen, als auch die Bestimmung von Standortattraktivitätsziffern differenzierter angepackt werden müßte (S. 253).

Die Verkehrsangebotsmodelle behandeln im allgemeinen die Bereitstellung von städtischen Straßenverkehrssystemen. Dabei geht es nicht um eine ökonomische Ableitung öffentlichen Angebotsverhaltens, sondern lediglich die verfügbare Kapazität wird bei der Situation berücksichtigt. Hierbei werden verschiedene Ansätze zur Ermittlung von Verkehrskapazitäten entwickelt. Die Nachfrage nach Verkehrsleistung wird im Hinblick auf Fahrtgründe, Fahrtverteilung, Verkehrsarten und Verkehrswegewahl differenziert untersucht.

Die Autoren stellen auch Verkehrsnachfragemodelle vor, die nicht nur Aspekte der Fahrtentstehung ableiten, sondern gleichzeitig Fahrtverteilung und Verkehrsmittelwahl berücksichtigen. Diese Ansätze bringen den Verbundcharakter von Verkehrsnachfrageentscheidungen zur Geltung.

Was schließlich die Modellintegration betrifft, werden Möglichkeiten erörtert, inwieweit verschiedene Beschäftigungs-, Boden- und Verkehrsmodelle untereinander verknüpft werden können (S. 344 ff.). Für die jeweiligen Märkte wird eine sukzessive, parallele, iterative und gemischte Anordnungsform entworfen.

Die hier entwickelten Verknüpfungskriterien sind m. E. zu allgemein, um überhaupt die Frage zu beantworten, ob sich unterschiedliche Simulationsmodelle sinnvoll miteinander kombinieren lassen. Im Detail müßte die Kompatibilität zwischen Annahmen, Zielfunktionen, Variablen usw. geprüft werden. Erst wenn im Ergebnis eine widerspruchsfreie Verkettung feststeht, kann der Frage nachgegangen werden, ob sich Submodelle überhaupt ergänzen, d. h. ihre kombinierte Anordnung Erklärungs- oder Planungsgewinne bietet. Kombinierte Arbeitsmarktmodelle bleiben beispielsweise auch zusammengefaßt ausschließlich „mengenökonomisch“ (S. 350), theoretisch attraktive Vorteile der Kombination sind darum kaum zu erkennen. Unklar bleibt auch, wie die Fehlerakkumulation und der wachsende Datenbedarf gebändigt werden sollen.

Insofern gilt die Skepsis erst recht für Modellverkettungen, die aus verschiedenen kombinierten Submodellen ein Globalmodell für Stadtentwicklung aufbauen (S. 370 ff.).

Bei der Diskussion der Verwertbarkeit von Stadtentwicklungsmodellen (S. 385 ff.) wird schließlich gezeigt, daß problemlos fixierte Zielvorgaben berücksichtigt werden können, mathematische Optimierungsmodelle mit flexiblen Zielen jedoch erst noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen.

P. Klemmer, Bochum

Rüstow, Hanns-Joachim: Neue Wege zur Vollbeschäftigung. Das Versagen der ökonomischen Theorie (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 344). Duncker & Humblot, Berlin 1984. 105 S. DM 28,—.

Hanns-Joachim Rüstow, der schon 1931/32 — mit Wilhelm Rautenbach — einen der damaligen Situation entsprechenden Plan zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ausarbeitete, geht in dieser Schrift ähnlich wie in seiner 1959 erschienenen „Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft“ davon aus, daß die herrschende Theorie gegenüber dem Problem der Unterbeschäftigung versagt.

I. „Der erste verhängnisvolle Irrtum der herrschenden ökonomischen Theorien“ ist nach R., daß sie mit Keynes „implizit eine makroökonomische Kostenstruktur (gleiche Stückkosten bei allen an der Produktion beteiligten Betrieben) unterstellt“ (S. 15), so daß „Betriebe mit überdurchschnittlichen Stückkosten ... einen Verlust erleiden, der ungefähr ebenso groß wäre wie der Gewinn der Betriebe mit unterdurchschnittlichen Stückkosten“ (S. 14). Infolgedessen sehe man nicht, daß der Differentialgewinn „Voraussetzung für den Bestand und das Wachstum unserer Wirtschaft ist“ (S. 17).

Die zweite unrealistische Annahme der herrschenden Meinung sieht R. in der These, daß eine Änderung der Löhne die Verteilung beeinflusse, während nach seiner Meinung „der Reallohn durch eine Veränderung der Nominallohnsätze kaum verändert“ wird (S. 19). „Der Glaube der Arbeitnehmer, sie könnten durch eine Steigerung der Geldlöhne ... eine Steigerung ihres Realeinkommens erreichen“ ist für R. daher nicht nur unbegründet, sondern „geradezu verhängnisvoll für unser marktwirtschaftliches System“ (S. 20).

Die „Unterstellung einer nivellierten Kostenstruktur“ verhindert nach R. die Erkenntnis, daß bei der in Wirklichkeit gegebenen differenzierten Kostenstruktur „der Freisetzungseffekt der Rationalisierung ... stets durch eine

entsprechende Vergrößerung der Investitionsquote kompensiert und überkompensiert werden“ kann (S. 45 f.). Der „Investitionsquote“ (und damit den Rationalisierungsinvestitionen) sei daher „im privatkapitalistischen Wirtschaftssektor“ ein „Arbeitsplatz erhaltender und ein Arbeitsplatz schaffender Effekt“ eigentümlich (S. 60).

Hierzu ist anzumerken:

1. Weder Keynes noch die Vertreter der herrschenden Lehre gehen davon aus, daß in der Realität die eine Hälfte der Unternehmen Gewinne erzielt und die andere Hälfte Verluste erleidet. Keynes war durchaus bekannt, daß es Differentialrenten sowie Monopolgewinne und überdies „windfall gains“ gibt, die in Verkäufermärkten selbst den (vormaligen) „Grenzproduzenten“ zufallen, auch wenn Keynes ebenso wie R. die prozessualen Gewinne kreativer Unternehmen nicht erkannt hat, die in einer sich durch neue Herstellungsmethoden und neue Güter entwickelnden Wirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen.

2. Ebenso ist der herrschenden Lehre nicht unbekannt, daß es auf die Realeinkommen und nicht auf Nominallöhne ankommt. Die entscheidende Frage, die R. sich nicht gestellt hat, ist allerdings, ob der Reallohn unqualifizierter Arbeitskräfte auf dem physiologischen Existenzminimum verharrt, wie dies im 18. und weitgehend noch im 19. Jahrhundert infolge des staatlichen Koalitionsverbots der Fall war, — oder ob der Reallohn wie in der Gegenwart, in der starke und freie Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen, mehr oder weniger mit der Produktivität steigt, so daß das Realeinkommen eines Küchenmädchens im Jahr 1985 höher ist als im Jahr 1885 das Realeinkommen eines Küchenchefs. Schon v. Thünen hat den Produktivitätslohn gefordert, aber erst die freien Gewerkschaften in den Marktwirtschaften haben ihn durchgesetzt. R. ist allerdings zuzustimmen, wenn er mit seinen Ausführungen darauf hinweisen will, daß Lohnerhöhungen, die durch die Produktivitätsentwicklung nicht gerechtfertigt sind, Inflation oder Arbeitslosigkeit respektive sogar beides verursachen.

3. Rationalisierungsinvestitionen sind weder die einzigen Investitionen, durch die sich die wirtschaftliche Entwicklung auszeichnet, noch erhöhen sie langfristig die Nachfrage, weil für ihre Herstellung weitaus weniger Arbeit aufzuwenden ist, als sie während ihres späteren Einsatzes substituieren. Vielmehr sind es die *Innovationsinvestitionen* und die mit ihrer Hilfe kreierte neuen Produkte und Produktqualitäten, die ständig (wenn auch nicht kontinuierlich) neue Bedürfnisse wecken und damit zusätzliche Nachfrage hervorrufen. Würden heute noch die gleichen Waren wie im Jahr 1776 oder im Jahr 1873 angeboten und hätte sich nicht die Nachfrage seit jenen Tagen durch die Kreation von Fahrrädern, Kraftfahrzeugen, Kühlschränken, Rasenmähern u. dgl. weiterentwickelt, so wüßte die Bevölkerung nicht, was sie mit ihren infolge des Produktivitätswachstums gestiegenen Realeinkommen anfangen sollte. Wie in den USA hat auch in der BRD die Mehrzahl der Werkstätigen einen Fernsehapparat, ein Auto und diverse Haus- und Küchengeräte. Und eine große Anzahl der Werkstätigen besitzt heute ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung, eine Tatsache, die für Karl Marx und selbst noch für Keynes unvorstellbar war. Ohne neue und bessere Konsumgüter gäbe es nicht einmal die Chance zu einer wirtschaftlichen Entwicklung ohne Unterbeschäftigung. Das Wachstum der Produktivität durch Rationalisierungsinvestitionen macht es möglich, die Realein-

kommen derart zu erhöhen, daß Autos, Motorräder, Elektro- und Videogeräte angeschafft werden können. Und die Entwicklung dieser neuen Güter schafft wiederum die Voraussetzungen dafür, daß die Haushalte ihre steigenden Realeinkommen zur Erhöhung und Verbesserung ihres Lebensstandards ausgeben. Aus den gleichen Gründen gibt es die von R. ebenso wie vom „Club of Rome“ angenommene „absolute Sättigungsgrenze“ (S. 63 f.) nicht.

Investitionen sind, darin sind sich alle Ökonomen mit R. einig, beschäftigungspolitisch notwendig. Es fragt sich jedoch, ob Investitionen generell gefördert werden sollen oder ob es nicht wirksamer ist, jene Investitionen zu fördern, denen wir neue Produkte und Produktqualitäten verdanken. Roboter werden innerhalb eines Jahres hergestellt, ersetzen aber viele Jahre lang die Arbeiter, die vorher an ihrer Stelle standen. Die Entwicklung etwa eines umweltfreundlichen Autos (oder abgasarmer Ölheizungsanlagen) schafft hingegen, zumal wenn Erwerb oder Besitz mit steuerlichen Vorteilen verbunden ist, zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze auf längere Zeit. Dies gilt verstärkt, wenn Altwagen etc. zusätzlich besteuert werden.

II. Der *empirische Teil des Buches* behandelt die deutsche Wirtschaftsgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg und ist weitgehend auf die von R. vertretenen Thesen zugeschnitten. Die Situation der Dreißiger Jahre ist mit den Bedingungen, die in der Gegenwart aktuell sind, jedoch aus einer Reihe von Gründen nicht vergleichbar, die in der Darstellung von R. unerwähnt bleiben. Zum einen waren im damaligen Deutschen Reich Preise und Löhne eingefroren, nachdem schon Brüning Ende 1931 die Löhne sowie die Preise für Markenartikel um 10% gekürzt hatte. Eine Inflation (in Gestalt von Preissteigerungen) infolge staatlicher Kreditschöpfung, sei es durch Banknoten oder durch Steuergutscheine, die R. wieder empfiehlt, konnte es also damals ebenso wenig geben wie internationale Fluktuationen des Geldkapitals als Folge von Zinsunterschieden, die R. zwar erwähnt, aber für belanglos hält (S. 52 f.). — Zum anderen glich Deutschland infolge der Devisenbewirtschaft resp. der Außenhandelszwangswirtschaft weitgehend einer geschlossenen Wirtschaft. Die Beschäftigungspolitik jener Tage brauchte daher auf den Außenhandel und die von ihm auf die Beschäftigung ausgehenden Wirkungen keine Rücksicht zu nehmen. In einer offenen Wirtschaft wie der BRD hängt indessen die Beschäftigung in hohem Maße von der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ab und zwar vorwiegend aus vier Gründen: 1. weil jetzt fast jeder Dritte — direkt oder indirekt — für den Export arbeitet, 2. weil die Importe von Rohstoffen, Energien und Halbfabrikaten für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie von entscheidender Bedeutung sind, 3. weil mit rückläufigen Exporten und infolgedessen sinkender Ausbringung die Stückkosten steigen und 4. weil als Folge schrumpfenden Außenhandels auch die durchschnittliche Höhe der Realeinkommen und damit zugleich die Inlandsnachfrage zurückgeht.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen, die in den Dreißiger Jahren erfolgreich waren, wirken daher heute nicht mehr oder haben sogar einen negativen Effekt. Wer von ihnen (und der Förderung der Rationalisierung) eine „zusätzliche Beschäftigung von einer Million Arbeitnehmer und ein Wachstum von 12%“ innerhalb eines Jahres erwartet (S. 103), verkennt die heutige Problematik, selbst wenn man davon absieht, daß sich die Arbeitslosigkeit nicht monokausal erklären läßt, weil es verschiedene Arten von Unterbeschäftigung gibt, denen unterschiedliche Heilmittel entsprechen.

Obschon die Thesen von Hanns-Joachim Rüstow in vieler Hinsicht einseitig sind, bleibt doch sein Buch eine anregende und interessante Lektüre, die man nicht ohne Gewinn aus der Hand legt, wenn man sie nicht unkritisch zur Kenntnis nimmt.

H. Arndt, Berlin

von Rabenau, Kurt: Einkommensverteilung in Entwicklungsländern — Wirtschaftspolitische Einflußmöglichkeiten: Das Beispiel Malaysia. Campus Verlag, Frankfurt 1983. 351 S. DM 58,—.

Wer dieses Buch in die Hand nimmt, um etwas über wirtschaftspolitische Einflußmöglichkeiten zur Verbesserung der Einkommensverteilung in Entwicklungsländern zu erfahren, wie es der Titel zum Ausdruck bringt, dem sei gleich die Quintessenz auf S. 296 empfohlen: „Zum Schluß ist hervorzuheben, daß alle simulierten Einzelmaßnahmen oder Maßnahmenbündel die gesamtwirtschaftliche Einkommenskonzentration nur innerhalb enger Grenzen — gemessen am Ginikoeffizienten nur um maximal zwei Prozentpunkte — reduziert haben. Um eine weitergehende Einkommensnivellierung zu erreichen, müssen daher gleichzeitig auch noch andere, hier nicht diskutierte Maßnahmen der staatlichen Steuer-, Ausgaben- und Bildungspolitik sowie einer Bodenreform durchgeführt werden.“ Schade, daß diese Maßnahmen nicht simuliert worden sind. Hätten sie wirklich das Ergebnis signifikant verändert?

Auch wenn die Hoffnung des Titels durch die Feststellung des Schlußsatzes enttäuscht sein mag, so bestätigt doch diese Studie erneut, daß die Einkommensverteilung eines Landes — selbst bei massiven Politikinterventionen — außerordentlich stabil ist. Allerdings ist diese Erkenntnis hier weniger empirischen Wirklichkeiten als vielmehr theoretischen Modellsimulationen entnommen. Die empirisch wirkungsvollste Verteilungspolitik besteht aus Maßnahmen, die den bereits vorhandenen Faktorbesitz umverteilen, und diese sind politisch am schwersten durchzusetzen. So stand in Malaysia z. B. nie zur Diskussion, das bereits in Privatbesitz befindliche Land etwa umzuverteilen.

Im Zentrum dieser Studie (Kap. V - IX) steht ein multisektorales Gleichgewichtsmodell der westmalaysischen Wirtschaft. In den Modellsituationen, die sowohl komparativ-statisch als auch dynamisch durchgeführt werden, geht es um die Frage, „welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen werden können, um eine Senkung der Einkommenskonzentration zu erreichen ohne zugleich die übrigen Ziele der malaysischen Wirtschaftspolitik wie insbesondere die des wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung allzusehr zu gefährden.“

Die vom Verfasser gewählte Modellkonstruktion ist reinste Neo-Klassik mit den zentralen Annahmen der vollständigen Konkurrenz bei Flexibilität von Löhnen und Preisen sowie eines permanenten Gleichgewichts, das aus dem Walrasschen *tâtonnement* resultiert und keine *spill-over*-Effekte möglicher Ungleichgewichte zuläßt. Lediglich für den gewerblichen Arbeitsmarkt wird eine Ungleichgewichtssituation in Gestalt von Arbeitslosigkeit eingeräumt. Das Modell selbst steht damit in der Tradition, der vornehmlich seit Adelman und Robinson's-Südkorea-Studie in Mode gekommenen neoklassischen Gleichgewichtsmodelle. Die Sektoren Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland werden entsprechend tief disaggregiert. So unterscheidet von

Rabenau in seinem Modell 25 Wirtschaftsbranchen, die 18 verschiedene Güter produzieren, 39 Märkte, die aus 36 Gütermärkten, 2 Arbeitsmärkten und einem Geldmarkt bestehen und 40 Erwerbstätigengruppen, die branchenspezifisch nach Selbständigen und abhängig Beschäftigten differenziert werden, wodurch die Berechnung einer sektoral-status-spezifischen Einkommensverteilung ermöglicht wird. Da er zum Teil CES-Produktionsfunktionen unterstellt, treten in seinem Gleichungssystem auch nicht-lineare Beziehungen auf, die er mit Hilfe eines Gauss-Seidel-Algorithmus löst.

Bei einem derartig disaggregierten Modell stecken Arbeit und Probleme bekanntlich im Detail: z. B. die Schätzung produktionstechnischer Zusammenhänge mit industriellen Substitutionselastizitäten, die Entwicklung eines vollständigen Nachfragesystems mit sämtlichen Kreuzpreis- und Einkommenselastizitäten sowie Nutzenfunktionen etc. etc. Bei unzureichender Datenlage bzw. wenig brauchbaren Regressionsschätzungen behilft sich der Verfasser mit „educated guesses“, um das Modell funktionsfähig zu erhalten.

Die modellierte Wirtschaft wird jetzt verschiedenen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Schocks ausgesetzt (modellmäßig werden jeweils bestimmte Parameter und Variable geändert), deren Effekte zunächst komparativ-statisch und im zweiten Schritt dynamisch über 10 Perioden hinweg simuliert werden. Beide Analysemethoden kommen jedoch im wesentlichen zu den gleichen Ergebnissen. Simuliert werden beispielsweise eine Abnahme des Bevölkerungswachstums, Migration von Arbeitskräften, landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugerpreis-, Produktivitäts- und Beschäftigungspolitik, Mindestlohnpolitik, Exportsubventionen, Wechselkursflexibilität ...“. „Eine wichtige Maßnahme, die im Rahmen dieses Modells allerdings nicht adäquat simuliert werden kann, ist die ländliche Industrialisierungspolitik. Durch sie wird die Stadt-Land-Wanderung verlangsamt und die Einkommenskonzentration ohne negative Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen vermindert.“ (S. 239).

„Der viel diskutierte Konflikt zwischen dem Ziel einer gleichmäßigen Einkommensverteilung und dem eines hohen Wachstums tritt nur bei den preis- und lohnpolitischen, nicht aber bei den produktivitätsfördernden Maßnahmen durchgängig auf“ (239). Allerdings muß eine Erhöhung der Faktorproduktivität im gewerblichen Bereich nicht mit einer Erhöhung der Beschäftigung verbunden sein. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik vergrößert die gesamtwirtschaftlichen Einkommensunterschiede, da sie die Einkommen einer ohnehin überdurchschnittlichen Erwerbstätigengruppe erhöht. Sollte das Bevölkerungswachstum nachhaltig reduziert werden können, so daß auch das Erwerbspersonenwachstum zurückgeht, wird sowohl die Einkommensverteilung verbessert als auch vor allem die Arbeitslosigkeit nachhaltig und entschieden abgebaut (285).

Viele dieser Ergebnisse hätten vermutlich auch mit erheblich bescheideneren, methodischen Aufwand, nämlich partialanalytisch plus „educated judgement“ gewonnen werden können. Doch soll damit nicht die praktisch-politische wie analytische Bedeutung dieses Ansatzes infrage gezogen werden.

Da möglicherweise 50 % der Einkommensungleichheit in der Struktur der Erwerbseinkommen, Wirtschaftssektoren, Berufsgruppen, Beschäftigtenstruktur und Besitzverteilung begründet liegen, wird immerhin dieser Teil im Modell erfaßt. Das generelle Gleichgewichtsmodell erlaubt eine in sich konsistente und zirkuläre Reaktion einer komplexen Wirtschaft aufzuzeigen,

wenn sie von externen Schocks getroffen wird. Doch sind zwei Einschränkungen zu betonen:

- zum einen wird nur der Teil der Einkommensverteilung erfaßt, der auf „makroökonomische Ursachen“ zurückzuführen ist,
- zum anderen hängt der Erklärungswert des Modells natürlich von der Gültigkeit der gemachten Annahmen ab.

Ob die hier jeweils unterstellten neoklassischen Annahmen (z. B. permanentes Gütermarktwirtschaftliches Gleichgewicht) auch in kurz- und mittelfristiger Sicht valide sind, mag zweifelhaft erscheinen. Läßt man realistischere zeitliche Ungleichgewichte zu, so lassen sich leicht wirtschaftspolitische Maßnahmen vorstellen, deren Effekte kurz- und langfristig diametral verschieden sind (z. B. Zollpolitik). Der Neo-Klassik wurde schon an ganz anderer Stelle der Vorwurf gemacht, zur reinen „Modellschreinerei“ zu entarten. Die Disaggregation und Computerisierung immer komplexerer Modelle entkräftet dieses Argument nicht prinzipiell, sondern verweist desto entschiedener auf die beiden gemachten Einwände. Eine folgerichtige Weiterentwicklung stellen mithin „disequilibrium models“ dar.

Im ersten Teil des Buches (Kap. I - IV) werden einkommensverteilungstheoretische Grundlagen à la Kuznets diskutiert, der Einkommensbegriff entwickelt und die empirische Grundlage für das Simulationsmodell gelegt. Hier zeigt sich ein grundsätzliches Dilemma der Einkommensverteilungsforschung: der Einkommensbegriff hat sich im Zeitablauf verändert, genau so wie die Erhebungsmethoden. Die Datenlage ist desto weniger verlässlich, je weiter die Erhebung zeitlich zurückliegt. So sieht sich der Verfasser auch nicht imstande, auf der Grundlage etwa des Household Budget Survey (HBS) von 1957/58 und des Post-Enumeration Survey (PES) — 1970 — die These einer Verteilungsverschlechterung zu verifizieren. Er sieht sich vielmehr gezwungen, selbständig indirekte und partielle Verteilungsindikatoren für diesen Zeitraum zu berechnen, z. B. die Wertproduktivität der Sektoren Landwirtschaft und Gewerbe, die Beschäftigungsstruktur und -quote, das Verhältnis der abhängig Beschäftigten zu den Selbständigen. Aufgrund einer intensiven Auseinandersetzung mit dem außerordentlich umfassend zusammengestellten empirischen Material kommt er zu einer Kuznetsschen-U-Beauptung: Die Einkommensverteilung Malaysias hat sich zwischen 1957 und 1970 verschlechtert und zwischen 1970 und 1975 wiederum etwas nivelliert.

Der Versuch einer Erklärung des Verlaufs der soeben beschriebenen malaysischen Einkommensverteilung wird in Kap. IV unternommen. Unter Rückgriff auf vorhandene Literatur über die einzelnen Bestimmungsgründe werden diese in der Methode der klassischen Partialanalyse vorgestellt unter Verzicht einer genauen quantitativen Spezifikation. Als Ursachenfaktoren werden ermittelt: Bevölkerungswachstum, Stadt-Land-Wanderung, Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter, Struktur und Nutzung landwirtschaftlichen Landes, Sachkapital und Rendite, Humankapital und Arbeitslohn sowie eine Reihe von Bestimmungsgründen, die innerhalb der staatlichen Eingriffssphäre liegen. Es wird mit Einbehalt nicht deutlich, ob und aus welchem theoretischen Referenzrahmen diese partiellen Erklärungsansätze deduziert worden sind, ob oder bis zu welchem Umfang diese Erklärungsansätze Vollständigkeit beanspruchen und wieviel sie schließlich von der gesamten Einkommensungleichheit zu erklären vermögen. Die Simula-

tionsmodelle sind jedenfalls aus diesen partialanalytischen Elementen zusammengesetzt mit der Absicht zu einer zirkulären Beziehung zwischen Produktion, Distribution, Konsumtion, Investition und Produktion zu gelangen.

Die Studie ist die derzeit umfassendste Länderstudie über Malaysia, die eine Fülle empirischen Materials verarbeitet und auf die Einkommensverteilungsproblematik focussiert. Mit der Wissenschaftstechnik computisierbarer Simulationsmodelle hält sie Anschluß zum internationalen Standard dieser Forschungsrichtung.

H.-P. Nissen, Paderborn

Ströbele, Wolfgang: Wirtschaftswachstum bei begrenzten Energieressourcen (Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, hrsg. von L. Hübl, Bd. 13). Duncker & Humblot, Berlin-München 1984. 173 S. DM 68,—.

„Die Entstehungsgeschichte des Buches erklärt sich aus einem Widerspruch, der sich zunehmend für den Verfasser aus zwei parallel verfolgten Arbeitsgebieten ergab ... Mit Blick auf einen sehr langfristigen Zeithorizont scheinen im Energiebereich alle Beteiligten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik davon auszugehen, daß bei ausschließlicher Nutzung fossiler Energieressourcen eine echte Wachstumsgrenze bzw. sogar eine Obergrenze für die kumulierte materielle Produktion bestehen kann.

Andererseits habe ich durch Lehrveranstaltungen und Literaturstudium über die seit zehn Jahren entwickelte moderne neoklassische Theorie der Nutzung begrenzter natürlicher Ressourcen ein eher optimistisches Bild der Zukunftschancen gewonnen. Dank fortschreitender Substitutionen und bei anhaltendem technischen Fortschritt würde eine ernsthafte Einschränkung der materiellen Produktionsmöglichkeiten nicht eintreten müssen.“ Mit diesen Sätzen der Einleitung (s. 9) motiviert Wolfgang Ströbele die Thematik seines Buches.

In dem Spannungsfeld zwischen der frohen Botschaft der Neo-Klassiker und den düsteren Prognose der Pessimisten stehen auch die drei Teile des Buches.

In Teil I wird die traditionelle Wachstumstheorie kurz eingeführt und gezeigt, daß sowohl die neo-klassische wie die post-keynesianische Wachstumstheorie den Input natürlicher Ressourcen im Produktionsprozeß vernachlässigen. Dabei — so führt Ströbele aus — ist die Begrenzung des Wachstums durch die natürlichen Ressourcen ein altes Problem; auch Adam Smith und Ricardo, vor allem aber Malthus, Mill und Jevons waren sich dessen bewußt. Als begrenzende Ressource wurde dabei die landwirtschaftlich nutzbare Fläche angesehen, allein Jevons wies mit seiner „coal question“ indirekt auf die Energieknappheit hin.

Der Knappheit und dem Energieproblem ist dann das abschließende Kapitel des ersten Teils gewidmet. Hier wird der Begriff der Entropie eingeführt und der zweite Hauptsatz der Thermodynamik erläutert. Diese Begriffe spielen im zweiten Teil, dem Hauptteil der Arbeit, eine entscheidende Rolle.

Der Hauptteil beginnt mit der Untersuchung der neo-klassischen Theorie natürlicher Ressourcen: Es wird eine CES-Produktionsfunktion $y = f$ (Res-

source, Kapital) unterstellt und gezeigt, daß in Abhängigkeit von der Substitutionselastizität σ drei interessante Fälle existieren (S. 55 f.):

- a) das Ressourcenproblem ist trivial für $\sigma > 1$, da Output ohne Ressourcen produziert werden kann.
- b) Der langfristige Zusammenbruch ist unvermeidlich, wenn $\sigma < 1$; mit einer endlichen Menge an Ressourcen kann nur eine endliche Menge an Output produziert werden.
- c) Ist aber $\sigma = 1$ (Cobb-Douglas-Technologie) und die Produktionselastizität des Kapitals größer als die der Ressource, so wird bei der Produktion die Ressource gebraucht und verbraucht, trotzdem kann mit endlicher Ressourcenmenge ein konstanter positiver Konsumstrom für alle Ewigkeit ermöglicht werden; nach empirischen Untersuchungen kann man davon ausgehen, daß die Produktionselastizität des Kapitals größer ist als die der Ressource.

Fall a, besonders aber Fall c, bilden die Grundlage für die frohe Botschaft der Neo-Klassik: Ein endlicher Kuchen (an Rohstoffen) ermöglicht ein ewiges Mahl, die Kuchenstücke werden zwar kleiner, aber der Ertrag aus den Stücken wächst im gleichen Maße.

Diesem Ergebnis werden Überlegungen der ‚Pessimisten‘ gegenübergestellt. „Pessimist ist man ... in Bezug auf die etablierten Denkbahnen, was ja nicht unbedingt ein Negativurteil über die ‚Pessimisten‘ bedeutet“ (S. 79). Pessimisten stellen entweder das Wachstumsziel in Frage (typische Vertreter sind nach Ströbele (S. 81) unter anderen Eppler, Illich und Mishan) oder bestreiten die Relevanz der oben erörterten neo-klassischen Ergebnisse. Statt dessen weisen typische Vertreter dieser Denkrichtung wie Daly und Georgescu-Roegen auf die Unverträglichkeit der Cobb-Douglas-Produktionstechnologie mit dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik hin. Dieses Argument nimmt Ströbele auf und untersucht, „ob sich tatsächlich die relativ optimistischen Ergebnisse der Standardtheorie aufrecht halten lassen, wenn geringfügige Modifikationen angenommen werden, die die Modelle insbesondere für das Energiethema realitätsgerechter werden lassen“ (S. 89). Ströbele führt in das Standardmodell Abschreibung ein und bekommt als Ergebnis (S. 96): „... besteht man auf Konsistenz mit thermodynamischen a-priori-Informationen über Produktionsprozesse, so folgt allein aus der Berücksichtigung des Verschleißes von dauerhaften Kapitalgütern zwingend die harte Alternative: Entweder es gelingt eine sogenannte Backstop-Technologie zu entwickeln, oder der langfristige Zusammenbruch bei ausschließlicher Nutzung von Ressourcenbeständen wird unvermeidlich.“

Unter Backstop-Technologie versteht Ströbele Produktionsfunktionen für Energie mit „praktisch“ unbegrenzter Ressourcenbasis. (Eine unbegrenzte Ressource ist wegen des 2. Hauptsatzes nicht möglich.) Beispiele sind die Sonnenenergie und Kernfusion aber (nach Ströbele, S. 101) bedingt auch Kohle, Ölschiefer und Brüter. Für Sonnenenergie und alternativ für Brütertechnologie wird von Ströbele der optimale Übergang von einer endlichen Ressource auf die ‚unerschöpfliche‘ Backstop-Technologie untersucht. Für eine Cobb-Douglas-Technologie wird für vorgegebene Parameter ein optimaler Übergangspfad numerisch bestimmt.

Dieser Hauptteil des Buches gibt einen guten Überblick über die neo-klassische Theorie knapper Ressourcen und über optimale Übergangspfade zu

einer Backstop-Technologie. Gut wird auch die Kritik der Pessimisten an der neo-klassischen Theorie eingeführt. Insgesamt ist der benutzte theoretische Apparat angemessen, obwohl vielleicht einige Herleitungen noch in den Anhang verwiesen werden könnten.

Erinnern wir uns an den Zwiespalt, aus dem heraus Ströbele das Buch geschrieben hat; hat die Arbeit Klärung gebracht für den Autor, für uns, oder hat sich das Problem nur verlagert? Auf der einen Seite ein optimaler Übergangspfad in eine Backstop-Technologie, Lösung des Energieproblems auf unabsehbare Zeit, auf der anderen Seite immer noch die mäkelnden Pessimisten, wie Georgescu-Roegen, die auf den Entropieanstieg der Materialien hinweisen, aus denen Kollektoren, Solarkraftwerke etc. gebaut werden (S. 87) oder die Gefahr zeigen, „daß der Mensch auf Suche nach weiteren mineralischen Ressourcen die biologischen Zyklen so sehr schädigt, daß sein eigenes Überleben gefährdet ist“ (S. 88). Auch Backstop-Technologien haben ihre düsteren Seiten; selbst Goeller und Weinberg scheinen zu schaudern, wenn sie in ihrem optimistischen „Age of Substitutability“ die von ihnen vorgeschlagene Brutertechnologie skizzieren. Ströbele konzentriert sich, wie er selbst schreibt, auf die „theoretisch sehr schwierigen Fragen nach der optimalen Gestaltung des Übergangs von den relativ billigen begrenzten Ressourcen auf die praktisch unbegrenzten Möglichkeiten der Backstop-Technologie“ (S. 141). „Die Kritik und der Ansatz der radikaleren ‚Pessimisten‘ . . . wurde dabei übergangen. Hier liegt jedoch tatsächlich ein fundamentaler Punkt, der nicht nur die Aufmerksamkeit ‚pessimistischer‘ Ökonomen verlangt“ (S. 142). Damit hat Ströbele sein Buch charakterisiert: Eine Studie auf dem Boden der Neo-Klassik, die die Kritik der Pessimisten ernst nimmt, in neo-klassische Modelle einbaut, letztlich aber die Kritik in ihrer radikalen Form übergeht.

W. Reiß, Paderborn

Irle, Martin in collaboration with Lawrence B. Katz (Eds.): Studies in Decision Making. Social Psychological and Socio-Economic Analyses. Walter de Gruyter & Co., Berlin - New York 1982. XV, 917 pp. Le. DM 176,—.

Der Band enthält englischsprachige zusammenfassende Monographien der Mitglieder des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereich 24 „Sozialwissenschaftliche Entscheidungsforschung“, der weitgehend auf die Initiative des Herausgebers 1968 etabliert wurde und inzwischen abgeschlossen ist. Der vorliegende Band enthält Arbeiten, die während der 10 Jahre 1968 - 1978 entstanden sind.

Abgesehen von der kuriosen Situation, ins Englische übersetzte Beiträge deutscher Autoren für ein deutsches Publikum zu besprechen, ist der Referent deshalb in einer schwierigen Lage, weil das Buch 19 hochspezialisierte, empirisch anspruchsvolle, aber recht heterogene Beiträge vereinigt. Die Mannheimer Forscher haben sich der entsagungsvollen und zeitraubenden Methode der Primärforschung verschrieben; sie haben in geduldiger Kleinarbeit an mehreren Stellen die Stollen des Wissens in unwegsamem Gestein vorangetrieben. In dem an dieser Stelle verfügbaren Raum muß über das Gros der Beiträge in sträflicher Kürze hinweggegangen werden. Der Schwerpunkt muß auf den ökonomischen Applikationen liegen.

Das Forschungsprogramm der Mannheimer zielte auf eine Verbreiterung der Perspektive im Hinblick auf individuelles und kollektives Entscheidungs-

verhalten ab. Dabei war Informationssuche und -verarbeitung ebenso wie die Verzerrung von Informationen während der Verarbeitung einzubeziehen. Wie verändern die Ergebnisse der Informationssuche die Problemidentifikation, wie beeinflusst die Kontrolle über eine Entscheidung die Wahl der Handlungsalternative? Außerdem zielte die Gruppe darauf ab, die Dichotomie zwischen „Kognitivismus“ und „Behaviorismus“ konstruktiv weiterzuentwickeln, ausgehend von der Annahme, daß alle Entscheidungen, etwa in dissonanztheoretischer Tradition, von einer integrierenden Perspektive am besten verstanden werden können.

Die ersten 13 der 19 Kapitel sind grob nach der Sequenz eines üblichen Flußdiagramms einer Entscheidung gegliedert. Untersucht wird der Prozeß der Problemidentifikation, der Ideenfindung, der Informationsaufnahme, der Stereotypierung, die Wahrnehmung und Erinnerung im sozialen Kontext, die Zukunftsorientierung, die Imitation, die Dynamik der kognitiven Dissonanz, die psychologische Reaktanz, die Bildung von Angemessenheitsnormen in der Verhandlungssituation und schließlich interpersonale Konflikte und abweichendes Verhalten. Durchweg wird auf sehr spezielle Populationen zurückgegriffen: Neben den üblichen Studenten im Laboratorium sind dies Gefängnisinsassen, Wehrpflichtige und andere Gruppen.

Von besonderem Interesse für den Wirtschaftswissenschaftler sind die Kapitel 14 - 19. *W. Kirsch* und *M. Kutschker* behandeln in ihrem Aufsatz „Marketing and Buying Decisions in Industrial Markets“ die kollektiven Entscheidungsprozesse im Investitionsgüter-Marketing. Dabei stellen sie, wiederum aufgrund empirischer Untersuchungen, ihr Modell der Interaktion der anbietenden und nachfragenden Organisation vor. *H. Raffée*, *K. Grabicke*, *M. Hefner*, *T. Schätzle* und *M. Schöler* nehmen in ihrem Aufsatz „Consumer Information Requirements and Information Acquisition with Regard to Decision Making Processes in the Private Household“ die Frage auf, inwieweit sich Kaufentscheidungsprozesse für Konsumgüter verschiedenen Charakters modellhaft unterscheiden lassen. *E. Dichtl*, *W. Beeskow*, *G. Finck* und *S. Müller* befassen sich in ihrem Beitrag „Needs and Satisfaction with Respect of the Supply of Daily Goods: A Consumer-Oriented Approach“ mit der Konsumentenzufriedenheit im Handelsangebot. Diese Arbeit basiert auf Aussagen von Befragten zur Wichtigkeit verschiedener Attribute der Einzelhandelsversorgung, die der Einschätzung der real vorfindlichen Versorgung gegenübergestellt wird. *K. Borcherdig* und *R. E. Schaefer* („Aiding Decision Making and Information Processing“) und *K. M. Aschenbrenner*, *M. Zaus*, *N. Mai* und *M. I. Ksiensik* („Theory and Application of Utility and Decision Analysis“) untersuchen die Anwendung der Multi-Attribute Utility Theory (MAUT) und probabilistischer Kalküle auf reale Entscheidungssituationen, so etwa auf die Bewertung von Automobilen, von Forschungsprojekten, von Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe u. a. Schließlich berichten *S. Jeromin* und *E. Kroh-Püschel* in ihrem Aufsatz „Occupational Choice: Information Behavior and Decision Aids“ über Versuche, das Informationsverhalten von Personen zu modifizieren, die sich in bezug auf Arbeitsplatzwahl in Entscheidungssituationen befinden. Dabei geht es besonders darum, wichtige, aber dissonante Information zur Geltung zu bringen.

Der überaus gehaltvolle Sammelband endet mit einem 25seitigen Verzeichnis der Veröffentlichungen, die während des ersten Jahrzehnts des Bestehens des Sonderforschungsbereiches entstanden sind. Der Wirtschaftswissenschaftler, beeindruckt von der systematischen analytischen Aufarbeitung des

Entscheidungsprozesses, ist versucht, einen langen Wunschzettel nach Mannheim zu senden, auf dem mögliche ökonomische Applikationen des Irleschen Instrumentenkastens verzeichnet sind. So sähe er es gern, daß dissonanztheoretische Konzepte für die Analyse makroökonomischer Kognition der Entscheidungsträger oder des Publikums nutzbar gemacht würden. Vielleicht läßt sich auch die Kaufentscheidung der Konsumenten oder das Preissetzungsverhalten der Unternehmung fruchtbar im Rahmen eines Multi-Attribut-Nutzenmodells behandeln. Man darf auf die Ergebnisse der zweiten Phase des Mannheimer Programms gespannt sein.

B. Strümpel, Berlin

Machlup, Fritz, Gerhard Fels und Hubertus Müller-Groeling (Eds.): Reflections on an Troubled World Economy. Essays in Honour of Herbert Giersch. The Macmillian Press LTD, London and Basingstoke 1983. 381 pp. £ 20,—.

Im Vorwort heißt es, daß dieser Sammelband als Festschrift zu Herbert Gierschs 60. Geburtstag (11. 5. 1981) geplant war, aber erst 1983 erscheinen konnte. So sei keine „Festschrift“ im üblichen Sinne zustande gekommen.

Die Laudatio (Herbert Giersch: Scholar, Policy Advisor and Public Figure) hat *Fritz Machlup* geschrieben. Machlup starb im Januar 1983 und konnte so das Erscheinen des von ihm mit-herausgegebenen Werkes nicht mehr erleben.

Wegen des beschränkten Raumes ist es nicht möglich, alle 18 Essays zu referieren und zu würdigen. So sei es dem Rezensenten erlaubt, einige Beiträge, denen er fachlich näher zu stehen glaubt, etwas eingehender zu besprechen, ohne damit den Wert der anderen Beiträge in Frage stellen zu wollen.

Fast alle Beiträge befassen sich mit den Erscheinungsformen, Wurzeln und Ursachen der schon länger dauernden und hartnäckigen Störungen, Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen des internationalen Handels und der internationalen Zahlungen, und damit auch der Störungen der Ordnung und Funktionsfähigkeit der internationalen Organisationen, — vor allem der EG und des Europäischen Währungssystems.

Der Sammelband hat 6 Teile, die jeweils thematisch verwandte Beiträge zusammenfassen.

Teil I behandelt Probleme der *internationalen Wirtschaftsordnung*.

In seinem Beitrag „Coordination or Competition among National Macroeconomic Policies?“ untersucht *Roland Vaubel* kritisch die Argumente für Coordination. Er kommt zu dem Ergebnis, daß diese Argumente nicht tragfähig sind, und daß die faktische Coordination der Stabilisierungspolitiken zur Verstärkung der Inflationstendenzen geführt hat und führen muß.

In seinem Beitrag „Strong and Weak Elements in the Concept of European Integration“ will *Jan Tumlrir* zeigen, welche Bedeutung die „Ordnungstheorie“ für die Erklärung und Überwindung der lang dauernden Krise der europäischen Integration hat. Er ist der Meinung, daß „in a large and vigorously competitive market, national policies could be expected to adjust spontaneously to each other, at a rising level of efficiency“.

Teil II des Bandes enthält drei Essays über *Probleme des internationalen Währungssystems*.

Im ersten Beitrag „The Logic of the International Monetary Non-system“ von *W. M. Corden* werden die bestehenden Formen der Wechselkurspolitik als „Non-system“ bezeichnet; es sei ein Wunder, daß dieses Nicht-System funktioniere. „Perhaps there is some ‚hidden‘ hand that continuously guides away from breakdown.“

Corden bezeichnet die bestehenden Verhältnisse insofern als „Non-system“ als es weder vereinbarte feste Wechselkurse gibt, noch ein vereinbartes „free floating“. Es handle sich vielmehr um ein „managed floating“, wobei die Manager keinen expliziten Regeln folgen, die sie sich selber auferlegen oder an die sie durch zentrale Vereinbarungen gebunden wären.

Der zweite Beitrag „Key Currencies and Financial Centres“ von *Ch. P. Kindleberger* beschäftigt sich mit der historischen Funktion und Bedeutung von Leitwährungen und Finanzzentren. Der Verfasser diskutiert die Frage, ob das internationale Geld- und Finanzwesen „hierarchisch“ mit einer einzigen Leitwährung organisiert sein sollte, oder ob zwei oder mehr Leitwährungen zweckmäßig sein könnten.

Im dritten Beitrag „Gold and the Uneasy Case for Responsibly Managed Fiat Money“ betont der Autor *W. Fellner**, daß bei längerdauernder und weit verbreiteter Inflation Unsicherheit und geringe Effizienz unvermeidlich seien. Bei solchen Verhältnissen seien floating rates besser als jedes andere Wechselkurssystem. Im Hinblick auf das Ziel der Wiederherstellung einer nichtinflationären Entwicklung hält Fellner es für wichtig, die Debatte über die mögliche zukünftige Rolle des Goldes im Geldsystem offen zu halten.

Der vierte Beitrag „Interest Payments on Commercial Bank Reserves to Curb Euro-money Markets“, von *Herbert Grubel*, beginnt mit einer Darstellung der „economic costs and benefits of Euro-currency markets“ und behandelt dann die Frage, wie das Wachstum des Euro-currency market eingeschränkt werden kann.

Teil III „*Payments and Exchange-rate Policies*“ umfaßt drei Beiträge.

Der erste Beitrag „Autonomous and induced Items in the Balance of Payments“ von *Fritz Machlup* beschäftigt sich mit terminologischen und methodologischen Problemen, mit Fragen der statistischen Zahlungsbilanz und mit widersprüchlichen Meinungen über Kausalbeziehungen zwischen verschiedenen Arten internationaler Transaktionen. Sein Hauptanliegen sind theoretisch fundierte Erklärungen wechselkurspolitisch relevanter Zusammenhänge.

Der zweite Beitrag „Exchange-rate Intervention: Arbitrage and Market Efficiency“ von *Robert Z. Aliber* behandelt die Frage nach dem Für und Wider von Devisenmarkt-Interventionen der USA bei frei schwankenden Wechselkursen.

Der dritte Beitrag „Disillusionement in the Conduct of Exchange-rate Policies“ von *Olaf Sievert* gibt einen Rückblick auf die Entwicklung, Formen und Probleme der Wechselkurspolitik seit Bretton-Woods, und will aus den gewonnenen Erfahrungen lernen für die zukünftige Wechselkurspolitik.

* Ist 1984 verstorben.

Folgende Hauptüberlegungen lassen sich herausstellen: Die Entwicklung der Wechselkurspolitik seit dem Ende von Bretton-Woods — crawling peg, flexible exchange rates, ‚dirty‘ floating, Europäisches Währungssystem — und die entsprechenden wechselkurspolitischen Konzepte und Vorschläge waren verbunden mit mehr oder weniger optimistischen Erwartungen hinsichtlich des Erfolges der jeweiligen Wechselkurspolitik.

Diese Erwartungen (und Hoffnungen) wurden enttäuscht. Seit 1973 sind die Wechselkurse weit unstabiler als die Befürworter vorausgesagt hatten.

Andererseits habe sich die Annahme, daß schwankende Wechselkurse untragbar für den privaten Sektor seien, nicht bestätigt. Die private Wirtschaft habe sich an die Wechselkursschwankungen gewöhnt und angepaßt.

Bisher sei noch kein befriedigender Mittelweg zwischen einem System fester Kurse und einem System des „clean floating“ gefunden worden. Vorläufig bliebe nur „the necessity of muddling through, which is hardly a precise concept“.

Der IV. Teil „General Economic Policies“ beginnt mit einem Beitrag von *Gottfried Haberler* „Economic Malaise and a Positive Programme for a Benevolent and Enlightened Dictator“. Haberler weist darauf hin, daß sein Essay eine gekürzte Version eines früheren papers (von 1982) ist; man liest ihn aber mit Nutzen, weil Haberlers Sprache sehr klar ist, und weil die Verkürzung das Wesentliche besonders deutlich hervortreten läßt.

Der Beitrag von *Gerhard Fels* „The Supply-side Approach to Macroeconomic Policy: the West German Experience“ profitiert viel von der Mitarbeit des Verfassers im Sachverständigenrat und im Committee for Development and Planning at the United Nations.

Fels beschreibt und analysiert die Wirtschaftspolitik der BRD nach der Rezession von 1975. Dabei betont er die große Bedeutung der strukturellen Probleme, die es hauptsächlich mit der komplexen Natur der Preis- und Lohnanpassungen zu tun hätten und deren Ursprung in den „distorted relative prices“ lägen. Besonders beachtenswert erscheinen die vergleichenden Ausführungen über die angebotsorientierte Makropolitik der BRD und der USA.

Der Beitrag „Welfare Economics, Public Finance and Selective Aid Policies“ von *Alan Peacock* behandelt die Probleme, die mit den fiskalischen Hilfszahlungen im Sinne von Transfers und Steuervorteilen für Industrieunternehmen in privater und öffentlicher Hand verbunden sind. In der praktischen und wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik werden Versuche gemacht, solche Hilfszahlungen mit dem Argument der Korrektur von „Marktversagen“ zwecks Verbesserung der Allokationseffizienz zu rechtfertigen. Peacock versucht, die These zu begründen, daß die staatlichen Maßnahmen zur Korrektur von „Marktversagen“ mehr oder weniger „counter-productive“ seien.

Teil V „Policies for Industrial Development“ umfaßt drei, thematisch sich gut ergänzende Beiträge über die Industrie-Entwicklungspolitik, die sowohl in entwickelten Ländern (DCs) wie in weniger entwickelten Ländern (LDCs) zu strukturellen Anpassungsproblemen geführt hat.

Der Beitrag „Industrial Prospects and Policies in the Developed Countries“, von *Bela Balassa*, gibt statistische Darstellungen der Entwicklung des Um-

fangs und der Struktur des internationalen Handels mit Industrieprodukten von 1963 - 1978, und mit einer Vorausschätzung dieser Entwicklung von 1978 - 1990. Der Autor kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: Im Beobachtungszeitraum hätten sich Import und Export von Industrieprodukten kräftig erhöht. Die Bedeutung der intraindustriellen Spezialisierung für den Handel mit Industrieprodukten zwischen DCs und LDCs habe bedeutend zugenommen. Die Importe der DCs müßten in einem Ausmaß erhöht werden, das mit einer akzeptablen Geschwindigkeit der Produktionsanpassung der DCs vereinbar erscheint.

In seinem Beitrag „Re-appraisal of Foreign Trade Strategies for Industrial Development“ stellt sich *Juergen B. Donges* die Aufgabe, die Fortschritte in unserem Verständnis der Beziehungen zwischen Außenhandelspolitik und industrieller Entwicklung aufzuzeigen.

Hauptschlußfolgerungen des Beitrags sind folgende:

Die Bedeutung des komparativen Kosten-Arguments für die LDCs sollte nicht unterschätzt werden.

Die Entwicklungspolitik sollte den Marktmechanismus wirksam werden lassen für die Erreichung richtiger Preisrelationen, und sollte die Investoren ermutigen, komparative Vorteile auszunutzen.

In seinem Essay „Impact of the Energy Crisis on the Third World and the Prospects of Adjustment“ diskutiert *Lutz Hoffmann* die Determinanten der Energienachfrage der LDCs im Hinblick auf die Vergrößerung des Spielraums für die Anpassung der Nachfrage an steigende Ölpreise und daraus resultierende Zahlungsbilanzprobleme.

Hoffmanns Essay kommt zu pessimistisch stimmenden Folgerungen hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der LDCs. Die Situation der Ölimportierenden Länder der Dritten Welt sei sehr ernst. Die Möglichkeiten einer Senkung oder auch nur Gleichhaltung der Energienachfrage seien eng begrenzt. Ein besonders schweres Problem der ärmeren Entwicklungsländer liege darin, daß die Entwicklungsphasen rapiden Wachstums des Energiebedarfs noch vor ihnen liegen.

Der Teil VI „Economic, Social and Political Thought“ enthält zwei Beiträge von *Karl Brunner* und *Erich Streissler*.

Karl Brunner stellt sich in seinem Essay „The Perception of Man and Justice and the Conception of Political Institutions“ die Aufgabe, die fundamental verschiedenen und antagonistischen „perceptions of political institutions“, die nach seiner Überzeugung die intellektuelle und politische Szene unserer Zeit bestimmen, herauszuarbeiten. Dabei stützt sich Brunner auf Publikationen von *Fr. A. von Hayek* und *Robert Nozick*.

Erich Streisslers Essay „Schumpeter and Hayek: on Some Similarities in their Thought“ steht weniger in Zusammenhang mit dem Rahmenthema des vorliegenden Bandes als mit den liberalen Anschauungen *H. Gierschs*, die — nach *Streisslers* Ansicht — immer eng verbunden waren mit der *Mises-Hayekschen* Wirtschaftphilosophie und dem theoretischen Denken der österreichischen Schule. Bemerkenswerter Weise hätte sich *Giersch* in einer seiner letzten Publikationen (*Aspects of Growth, Structural Change and Employment — a Schumpeterian Perspective*) enthusiastisch über *Schumpeter* und

dessen Konzept des kreativen Innovators geäußert. Manche Ökonomen könnten in dem positiven Verhältnis H. Gierschs zu Hayek und Schumpeter einen Widerspruch finden, d. h. Schumpeter nicht als Liberalen und nicht als zugehörig zur „Austrian School of Economics“ ansehen. Als Beispiel hierfür zitiert Streissler E. Salins Vorwort zu Schumpeters deutscher Ausgabe von „Capitalism, Socialism and Democracy“, in dem Salin sagt „Schumpeter ist Sozialist“; und Haberler habe in seinem biographischen Artikel „Joseph Alois Schumpeter“ („The Quarterly Journal of Economics“, Cambridge, Massachusetts, 1950) die Meinung geäußert, daß Schumpeter zu keiner bestimmten Schule gehörte, sondern „completely original“ war.

Die Aussage Salins, „Schumpeter ist Sozialist“, muß meiner Ansicht nach im Kontext der „Einleitung“ Salins zu Schumpeters „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, und unter Berücksichtigung von Schumpeters „Vorwort“ zu seinem genannten Werk interpretiert werden. In Salins „Einleitung“ heißt es: „Schumpeter ist Sozialist. Aber kein Sozialist, gehöre er zu den Marxisten oder zu den Fabiern, wird seinen Sozialismus bei Schumpeter finden.“ Einige Zeilen weiter bezeichnet Salin Schumpeter ausdrücklich als „Nicht-Marxisten“.

Im ganzen kommt Streissler zu dem Ergebnis, daß Schumpeter „decidely liberal“ war, und daß er in vielfacher Weise beeinflusst war durch die Österreicherische Schule — wenn er auch in manchen Fragen vom Denken der Führer dieser Schule abgewichen und neue Wege gegangen ist.

Es ist dem Trade Policy Research Centre und vor allem dem Herausgeber zu verdanken, daß sich die zahlreichen Essays thematisch an dem im Titel der Giersch-Festschrift genannten Problemkreise orientieren und zu einem konsistenten Ganzen ergänzen.

Die wirtschaftspolitisch liberale Grundhaltung aller Mitarbeiter trägt zur Konsistenz der „Reflections“ bei —, wenn sie auch eine gewisse Beschränkung der Problem-Aspekte bedingt.

Die Verfasser der Beiträge sind durchweg qualifizierte Ökonomen und Spezialisten für die von ihnen behandelten Fragen.

Manche Beiträge sind Kürzungen oder Weiterführungen früher schon publizierter Arbeiten. Ihr Verdienst und Wert beruhen vor allem darauf, daß der Leser einen gut informierenden Überblick über vielfältige und miteinander zusammenhängende Sachverhalte und Probleme einer „troubled world economy“ gewinnen kann und damit von der Suche nach „einschlägigen“ Publikationen weitgehend befreit ist.

Th. Pütz, Salzburg

Böckenhoff, E., H. Steinhauser und W. von Urff: Landwirtschaft unter veränderten Rahmenbedingungen. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 19. Münster-Hiltrup 1982. 528 S. DM 58,—.

Die relativ junge Institution „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V.“ hat in den wissenschaftlichen Veranstaltungen mit ihrer „Markenbezeichnung“ GEWISOLA sehr schnell einen festen Platz gefunden. Mit der hohen Qualität des zu rezensierenden Bandes

(der die Vorträge der 22. Jahrestagung publiziert) ist ihre Stellung weiter gefestigt worden. Ihr hohes Ansehen im In- und Ausland ist auf verschiedene Sachverhalte zurückzuführen:

1. Lage und Aussichten der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes werden in den Kontext der Gesamtwirtschaft und -gesellschaft eingeordnet.
2. Die wissenschaftlichen Analysen werden auf den relevanten verschiedenen Ebenen vorgenommen (Betrieb, Region, Sektor, Agrarpolitik intern und international).
3. Es wird der Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis versucht (... um eine größere Anzahl von Vortragenden ... aus Behörden des Bundes und der Länder zu gewinnen, wie ich sie von anderen wissenschaftlichen Gesellschaften nicht kenne ..., *G. Schmitt*, Vorsitzender).
4. Jüngere Wissenschaftler erhalten ein stark besuchtes Forum, auf dem sie ihre Forschungsergebnisse zur Diskussion stellen können.
5. Interdisziplinarität in der Forschung wird zuerst im eigenen sozialökonomischen Bereich der Agrarwissenschaften gesucht, wobei sich die Fragestellungen — und damit die Kooperation mit den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — aus den Gesamtzusammenhängen „Agrarsektor — Gesamtwirtschaft“ ergeben.

Mit dem Vortrag dieser allgemeinen Grundsätze, welche die wissenschaftliche Tätigkeit der GEWISOLA kennzeichnen, ist bereits ein gut Teil der sehr subtil-differenziert erarbeiteten Konzeption dieser Tagung charakterisiert. Unter „veränderten Rahmenbedingungen“ wird verstanden:

- a) Wandel der weltwirtschaftlichen Situation, insbesondere seit 1973 (*H. J. Schmahl*);
- b) Bevölkerungsentwicklung und daraus resultierende Nachfrage nach Nahrungsmitteln (*E. Wölken*, *P. Salamon*);
- c) Verteuerung der Energie (*U. Werschnitzky*);
- d) Abgeschwächtes Wirtschaftswachstum und zunehmende Instabilität (*H. Bujard*);
- e) Grenzen einer Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (*A. Henze*).

Wissenschaftlich interessant ist die Behandlung „Gesellschaftliche Veränderungen — Wird die Landwirtschaft zum Sündenbock?“ (*J. Ziche*, *F. Kronka*) unter dem Gesamtaspekt „veränderte Rahmenbedingungen“; bei Anerkennung einer gewandelten Einschätzung der Landwirtschaft und ihrer Aufgaben wird sich in einem demokratischen System und einer pluralistischen Gesellschaft somit auch ein „anderer“ Spielraum“ ergeben, der für die politische Durchsetzung agrarischer Forderungen zu berücksichtigen ist.

Vor dem Hintergrund dieser „neuen Fakten“ werden „Auswirkungen auf den Agrarsektor (Faktor-, Arbeits-, Bodenmärkte) untersucht. Es folgt dann die Analyse der einzelbetrieblichen Implikationen, die sich aus gewandelten Rahmenbedingungen und sektoralen Anpassungen ergeben.

Von dorthier ergibt sich die Verbindung mit der Weltagrarwirtschaft, wobei sowohl Welternährung und -handel (einschließlich der Nahrungsmittelhilfe) als auch Anpassungsstrategien der Entwicklungsländer thematisch abgedeckt werden.

Wissenschaftliche Analysen bedürfen mit ihren Erkenntnissen der Umsetzung in die agrarpolitische Praxis: Anpassung des entsprechenden Instrumentariums, dabei vor allem — im Hinblick auf strukturelle Überschüsse — die Steuerung des landwirtschaftlichen Angebots und die Umorientierung der EG-Agrarpolitik.

Alles in allem: Ein breiter Fächer von Einzelthemen, die — gut aufeinander abgestimmt — keine lose Abfolge einzelner Aufsätze, sondern eine in sich geschlossene Publikation darstellen. Vor allem verdichtet sich mit der Lektüre dieser Einzelbeiträge der Gesamteindruck, daß sich die „bestehenden ‚Wahrheiten‘ fortlaufend und manchmal sprunghaft“ (*G. Schmitt*) verändern. Dieser Sachverhalt erfordert „eine Lernfähigkeit sozialer Systeme“ — jedoch auch wissenschaftlicher Institutionen: Die GEWISOLA hat sie auf ihrer 22. Jahrestagung bewiesen!

Th. Dams, Freiburg i. Br.